

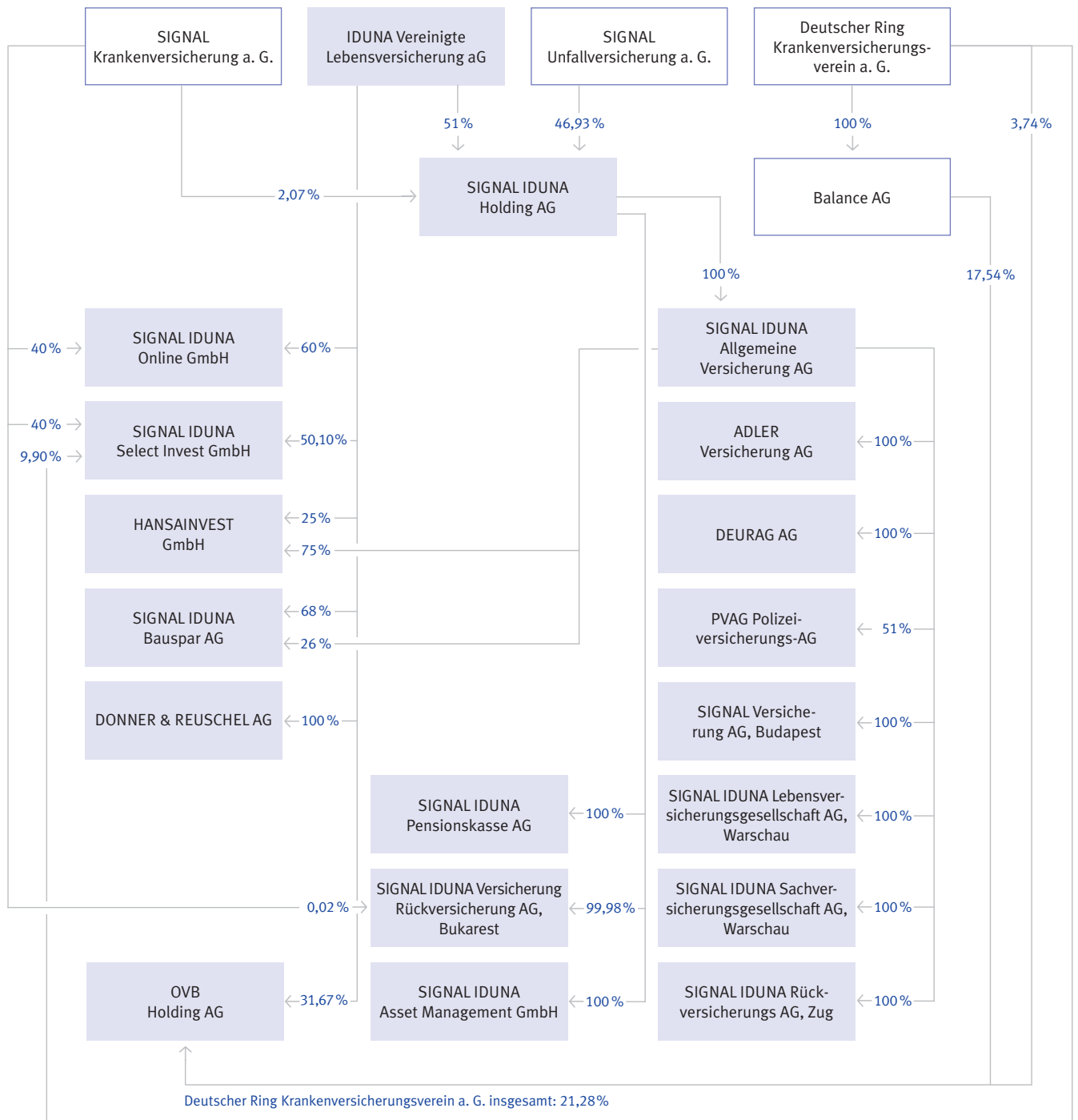


Geschäftsbericht 2014

SIGNAL Krankenversicherung a. G.

		2014	2013	2012
Vertragsbestand				
Laufender Beitrag für ein Jahr in der Lebensversicherung	in Mrd. EUR	1,274	1,264	1,261
Selbst abgeschlossene Lebensversicherungsverträge	in Mio.	2,192	2,243	2,297
Versicherte natürliche Personen in der Krankenversicherung	in Mio.	2,592	2,609	2,627
Selbst abgeschlossene Schaden- und Unfallversicherungsverträge	in Mio.	7,475	7,410	7,375
Versicherungs- und Sparbeiträge				
	in Mio. EUR			
Lebensversicherung		1 650	1 552	1 456
Krankenversicherung		2 728	2 744	2 776
Schaden- und Unfallversicherung		1 234	1 190	1 153
Rückversicherung		128	129	127
Spar- und Tilgungseingänge im Bauspargeschäft		165	169	162
Netto-Mittelaufkommen im Investmentgeschäft		2 397	2 500	935
Leistungen für Versicherungsfälle				
	in Mio. EUR			
Lebensversicherung		1 759	1 613	1 627
Krankenversicherung		2 115	2 081	2 048
Schaden- und Unfallversicherung		785	877	780
Rückversicherung		96	105	86
Assets Under Management				
	in Mio. EUR			
Kapitalanlagen in der Lebensversicherung		20 899	20 379	19 942
Kapitalanlagen in der Krankenversicherung		20 358	19 495	18 071
Kapitalanlagen in der Schaden- und Unfallversicherung		3 031	2 923	2 829
Kapitalanlagen in der Rückversicherung		506	445	372
Baudarlehen und Kapitalanlagen im Bauspargeschäft		861	824	792
Fondsvermögen im Investmentgeschäft ¹⁾		8 077	6 516	5 174
Assets Under Management im Bankgeschäft		8 504	8 179	9 009
Mitarbeiter				
Angestellte Mitarbeiter		8 718	8 891	9 150
Haupt- und nebenberufliche Vermittler		22 532	23 049	19 131

¹⁾ ohne gruppeneigene Spezialfonds



Die farblich hinterlegten Unternehmen gehören zum IDUNA Leben Konzern.

		2014	2013	*)
Absolute Kennzahlen				
	in Mio. EUR			
Gebuchte Bruttobeiträge		2 063,2	2 064,5	
Aufwendungen für Versicherungsfälle f.e.R.		1 633,5	1 586,4	
Nettoerträge aus Kapitalanlagen		670,5	571,4	
Rechnungsmäßiger Überschuss vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		400,6	314,9	
Deckungsrückstellung		13 509,9	12 922,8	
Rückstellung für Beitragsrückerstattung		1 333,4	1 237,2	
Eigenkapital		528,6	504,6	
Kapitalanlagen		15 742,9	15 011,1	
Kennzahlen nach dem Kennzahlenkatalog des Verbandes der privaten Krankenversicherung				
Kennzahlen zur Sicherheit und Finanzierbarkeit				
	in %			
Eigenkapitalquote		25,6	24,4	A(1)
RfB-Quote		62,0	57,8	A(2)
RfB-Zuführungsquote		13,3	12,0	A(3)
RfB-Entnahmeanteile				
Einmalbeiträge		47,6	52,6	A(4)1
Barausschüttungen		52,4	47,4	A(4)2
Überschussverwendungsquote		93,7	92,3	A(5)
Kennzahlen zum Erfolg und zur Leistung				
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote		11,6	11,0	B(1)
Schadenquote		77,8	78,3	B(2)
Verwaltungskostenquote		2,8	2,8	B(3)
Abschlusskostenquote		7,7	7,9	B(4)
Nettoverzinsung		4,36	3,95	B(5)
Kennzahlen zum Bestand und zur Bestandsentwicklung				
Bestandskennzahlen				
Bestandsgröße insgesamt				
Verdiente Bruttobeiträge	in Mio. EUR	2 063,2	2 064,5	C(1)a1
Versicherte natürliche Personen	in Tausend			
insgesamt		1 966,0	1 968,5	C(1)a2
Vollversicherung		476,1	477,3	C(1)a2
Ergänzungsversicherung		1 489,9	1 491,2	C(1)a2
Wachstumskennzahlen				
	in %			
Wachstumsrate				
gemessen an verdienten Bruttobeiträgen		– 0,1	– 1,2	C(2)a
gemessen an versicherten natürlichen Personen				
insgesamt		– 0,1	– 0,3	C(2)b1
Vollversicherung		– 0,3	0,4	C(2)b2
Ergänzungsversicherung		– 0,1	– 0,5	C(2)b3

*) Positionsnummer im Kennzahlenkatalog des PKV-Verbandes

Geschäftsbericht **2014**

SIGNAL Krankenversicherung a. G.

6	Vorwort des Vorstandsvorsitzenden
8	Lagebericht
33	Jahresabschluss
34	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014
38	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014
	Anhang
42	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
48	Entwicklung der Aktivposten B, C I bis III im Geschäftsjahr 2014
50	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2014
58	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014
62	Sonstige Angaben
64	Organe
71	Konzernangaben
72	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
73	Bericht des Aufsichtsrates
74	Servicenet

Vorwort des Vorstandsvorsitzenden



Ulrich Leitermann,
Vorstandsvorsitzender

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SIGNAL IDUNA konnte sich auch im Jahr 2014 am Markt gut behaupten, unser Beitragswachstum lag bei 2,2 %.

Die große Koalition startete am 17. Dezember 2013 und hat damit ihr erstes Regierungsjahr abgeschlossen. Neben den sozialpolitischen Wahlgeschenken, die auch aufgrund der demografischen Entwicklung falsch und wachstumshemmend sind, ist es aber auch ein Verdienst der Bundesregierung, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland stabil sind.

Das Jahr 2014 war geprägt von Unruhen im Nahen Osten und der sich bis heute verschärfenden Krise in der Ukraine. Die Auseinandersetzungen um diese Region führen zu immer mehr Instabilität und wirken sich auch auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus. Das Jahr 2015 startete mit der Wahl in Griechenland und bisher nicht absehbaren Folgen für Europa und die Entwicklung des Euros.

Die Niedrigzinsphase hat durch die EZB-Entscheidung vom 22. Januar 2015 einen neuen Höhepunkt erreicht. 1,2 Billionen EUR sollen bis September 2016 in den Wirtschaftskreislauf gelangen. Damit wird die Phase niedriger Zinsen noch mindestens drei bis fünf Jahre anhalten. Die Europäische Zentralbank hatte den Leitzins am 4. September 2014 bereits auf historische niedrige 0,05 % abgesenkt. Noch Anfang des Vorjahres lag der Leitzins der Europäischen Zentralbank bei 0,25 %. Zum Vergleich: Im Jahr 2009 lag der Leitzins noch bei 2,00 %. Daran ist die Dramatik des aktuellen Zinsniveaus deutlich erkennbar.

Die Staatsschuldenquote ist nach wie vor hoch, eine steigende Zinsentwicklung rückt damit immer weiter in die Zukunft. Das hilft den hochverschuldeten Staaten in der Europäischen Union, geht aber zulasten aller Anleger und damit auch zulasten der Vorsorgesparer. Es fehlt an einer verlässlichen Finanz- und Geldpolitik, die auch die Belange der Unternehmen und damit letztendlich der vorsorgewilligen Bürger berücksichtigt.

Zusätzlich hat der Gesetzgeber im Juli das Lebensversicherungsreformgesetz (kurz: LVRG) verabschiedet. Das LVRG mit seinen Neuregelungen zur Verteilung der Bewertungsreserven, zur Absenkung des Garantiezinses, zur höheren Mindestbeteiligung an den Überschüssen und größeren Transparenz durch Ausweisung von Effektiv- und Abschlusskosten hat gravierende Auswirkungen auf die Lebensversicherungs-Branche.

Allerdings gab es auch viele positive Ereignisse und Entwicklungen im Jahr 2014. Rekordsteuereinnahmen und weiter sinkende Arbeitslosigkeit sind nur zwei Stichworte. Für uns in Deutschland sicherlich ein Highlight war der Gewinn der Fußballweltmeisterschaft in Brasilien.

In der Versicherungswirtschaft gab es zum Ende des Jahres 2014 eine deutlich gestiegene Nachfrage in der Lebensversicherung aufgrund der Absenkung des Höchstrechnungszinses zum 1. Januar 2015. In der privaten Krankenversicherung sind die politischen Rahmenbedingungen stabil wie selten zuvor. Den Kompositversicherern hat die Natur im Jahr 2014 nach den Rekordschäden im Jahr 2013 in Deutschland eine kleinere Atempause gegönnt.

Die SIGNAL IDUNA Gruppe ist weiterhin gut aufgestellt. Mit unserem gerade beschlossenen Zukunftsprogramm will sich unser Konzern aus einer Position der Stärke heraus auch für die Anforderungen des digitalen Zeitalters wappnen. Erste Schritte liegen bereits hinter uns, mit unserer jungen Marke sijox sind wir schon im digitalen Zeitalter angekommen. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen. Damit stärken wir weiter unsere Wettbewerbsfähigkeit, auch indem wir die Beratungsqualität und Serviceleistungen für unsere Kunden und Partner weiter verbessern. Dazu ist geplant, verstärkt in die Digitalisierung, in die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und in neue schlanke Prozesse sowie neue Produkte

zu investieren. Dadurch erzielen wir mehr Kundenorientierung und höhere Kompetenz bei gleichzeitig weniger Komplexität und geringeren Kosten.

Ich bin fest davon überzeugt: Mit dem beschlossenen Zukunftsprogramm sichert die SIGNAL IDUNA Gruppe auch künftig ihren Platz im Spitzenfeld der Serviceversicherer in Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Ulrich Leitermann

.....

SIGNAL IDUNA Gruppe erzielt ein Beitragswachstum in Höhe von 2,2 %

.....

SIGNAL IDUNA Gruppe erhöht die Kapitalanlagen und Kundengelder auf rund 62 Mrd. Euro

.....

10 000 Tarifversicherte haben sich bereits für die betriebliche Krankenversicherung der SIGNAL Kranken entschieden

.....

SIGNAL Kranken steigert die Eigenkapitalquote auf 25,6 %

.....

SIGNAL Kranken erhöht die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung auf 1,2 Mrd. EUR

.....

SIGNAL Kranken hält die Beiträge ihrer Bestandskunden weitgehend stabil

.....

SIGNAL Kranken erzielt beim ASSEKURATA Unternehmensrating ein A+ (Sehr gut)

.....

SIGNAL Kranken erhält im M-Rating des map-Reports erneut die Höchstnote mmm (hervorragend) und gehört zu den TOP 2 im KV-Rating Unternehmensqualität des Instituts für Vorsorge und Finanzplanung

.....

Lagebericht

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Lage

Die weltwirtschaftliche Entwicklung und damit die globale Konjunktur sind im Jahr 2014 insgesamt auf einem moderaten Expansionspfad geblieben. Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist die Weltwirtschaft im letzten Jahr um 3,3 % gewachsen, wobei die Unterschiede in den Industrienationen zum Teil erheblich sind. Während die USA eine sehr positive Entwicklung zeigen, fehlt es der europäischen Wirtschaft weiterhin an Schwung. Zwar zeigten sich einzelne Staaten wie Irland und Spanien verbessert, jedoch kam es in anderen bedeutsamen Staaten wie Frankreich und Italien zu Rückschlägen. Belastend kamen neben den strukturellen Problemen die geopolitischen Eskalationen in der Ukraine und die damit verbundenen Russland-Sanktionen hinzu. Diese Unterschiede spiegeln sich auch in der Geldpolitik wider. Während in den USA das Ankaufprogramm für Staatsanleihen Ende Oktober erwartungsgemäß beendet wurde, hat im Januar 2015 die Europäische Zentralbank (EZB) das Ankaufprogramm weiter ausgeweitet und beschlossen, Staatsanleihen und andere Wertpapiere aus den Euro-Ländern aufzukaufen. Das Programm hat ein Volumen von monatlich 60 Mrd. EUR und erstreckt sich von März 2015 bis Ende September 2016. Die EZB will so die langfristigen Zinsen senken und verspricht sich davon eine verstärkte Kreditvergabe, mehr Investitionen und in der Folge eine Ankurbelung der Wirtschaft.

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen: Um 1,6 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr und lag damit über dem durchschnittlichen Wachstum der letzten zehn Jahre von 1,2 %.

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt blieb trotz der konjunkturellen Abkühlung seit dem 2. Quartal 2014 weiterhin positiv; so sank die Arbeitslosenquote und betrug im Dezember 2014 6,4 %. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten blieb aufwärtsgerichtet. Damit setzt sich die Entwicklung steigender Beschäftigtenzahlen vor allem aufgrund einer verstärkten Zuwanderung nach Deutschland – bei gleichzeitig nahezu konstanten Arbeitslosenquoten – fort.

Die stabilen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland haben den privaten Konsum im Jahr 2014 weiter angefacht (+1,1 %). Auch für dieses Jahr sind die Konjunktur- und Konsumprognosen insgesamt vorsichtig optimistisch, insbesondere wegen des niedrigen Ölpreises.

Entwicklung der Kapitalmärkte

Die Kapitalmärkte zeigten trotz der vielfältigen Herausforderungen in 2014 insgesamt ein stabiles Bild. Dies war auch eine Folge der weiterhin extrem expansiven Geldpolitik, die auch in 2014 die Kapitalmärkte mit entsprechender Liquidität versorgte und damit negative wirtschaftliche Effekte absorbierte.

An den Aktienmärkten wurde dieser positive Effekt jedoch durch die Folgen der Ukraine-Krise und den Wirtschaftssanktionen gegen Russland deutlich begrenzt. Anders als in den USA, wo die Aktienmärkte zweistellige prozentuale Kursgewinne verzeichneten, haben sich die deutschen bzw. europäischen Aktienmärkte, gemessen an den Indizes DAX 30 und EURO Stoxx 50, mit 2,7 % bzw. 1,2 % nur leicht positiv entwickelt.

Im Unterschied zu den europäischen Aktien und entgegen der allgemeinen Erwartung erzielten die Rentenmärkte in 2014 eine deutlich zweistellige Performance. Die Rendite für 10-jährige Bundesanleihen erreichte zum Jahresultimo 2014 mit 0,54 % nach einer im Jahresverlauf konstant negativen Entwicklung ein absolutes Rekordtief. Die Euro-Peripheriestaaten entwickel-

ten sich mit Ausnahme Griechenlands weiterhin erfreulich. Unter dem Eindruck der sich eintrübenden Konjunktur und zunehmender Deflationsängste verstärkte die Europäische Zentralbank (EZB) ihren expansiven geldpolitischen Kurs und senkte nicht nur ihren Leitzins weiter auf ein neues Rekordtief von 0,05 %, sondern führte für Banken auch negative Einlagenzinsen von aktuell -0,2 % ein. Dabei handelt es sich um eine Entwertung des Geldes und gefährdet somit auch die Altersversorgung. Altersarmut könnte dadurch verstärkt werden.

Entwicklung der deutschen Versicherungswirtschaft

Die Versicherungswirtschaft leistet für Wirtschaft und Gesellschaft einen herausragenden, unverzichtbaren Beitrag. Sie fungiert als eine Schlüsselbranche für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Die Branche stellt mit rund 550 000 Erwerbstätigen und Kapitalanlagen in Höhe von rund 1,4 Billionen EUR – etwa die Hälfte davon in Deutschland – ein wirtschaftliches Schwergewicht dar. Damit zählt Deutschland zu den wichtigsten Versicherungsmärkten weltweit. Die Versicherungswirtschaft trägt direkt oder indirekt – über ihre Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen anderer Branchen und die Konsumausgaben ihrer Beschäftigten – in erheblichem Umfang zur Beschäftigung, zum Bruttoinlandsprodukt und zu den öffentlichen Haushalten in Deutschland bei. Durch die unverzichtbaren Funktionen, die die Versicherungswirtschaft für Wirtschaft und Gesellschaft übernimmt, ist ihre Bedeutung für das gesamtwirtschaftliche Wachstum sehr viel höher als die fast aller anderen Branchen. Versicherer schaffen Freiräume für unternehmerische Aktivität und ermöglichen Innovationen und Wirtschaftswachstum.

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen laut dem Gesamtverband der Versicherungswirtschaft im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,7 %. Hierzu trug allerdings vor allem die hohe Dynamik im Einmalbeitragsgeschäft der Lebensversicherung bei. Insgesamt erzielte die Lebensversicherung im weiteren Sinne, also mit Pensionskassen und Pensionsfonds, ein Beitragsplus von 3,1 %. In der Privaten Krankenversicherung kam es

wiederum wie im Vorjahr nur zu einem leichten Beitragsanstieg (+0,7 %). In der Schaden- und Unfallversicherung verlief das Geschäft expansiv (+3,2 %).

Private Krankenversicherung im Markt

Im Jahr 2014 stiegen die Beitragseinnahmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 % auf 36,2 Mrd. EUR. Das Neugeschäft verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 18,0 %. Der Versichertenbestand in der Krankheitskostenvollversicherung ging gegenüber dem Vorjahr um 0,6 % auf 8,8 Mio. Personen zurück. Die Zahl der Zusatzversicherten nahm im Jahr 2014 um 1,8 % auf 24,0 Mio. Personen zu. Die ausgezahlten Versicherungsleistungen stiegen um 2,4 % auf 24,5 Mrd. EUR.

Auch im abgelaufenen Jahr hatten gesetzliche Veränderungen Auswirkungen auf die private Krankenversicherung. Die Bundesregierung hat das Pflegestärkungsgesetz I mit Wirkung zum 1. Januar 2015 beschlossen. Damit werden die meisten Leistungen der Pflegepflichtversicherung zum Jahreswechsel um 4 % angehoben. Darüber hinaus bezieht das Gesetz Erkrankungensbilder wie Demenz in die Pflege mit ein. Das Pflegestärkungsgesetz I setzt positive Impulse durch lang überfällige Leistungsanpassungen. Durch die Implementierung der neuen Leistungen kam es zu einer Beitragsanpassung in der privaten Pflegepflichtversicherung im Jahr 2015.

Das Bundeskabinett hat das Gesetz zur besseren Vereinbarung von Familie, Pflege und Beruf im Oktober 2014 beschlossen. Das Gesetz sieht vor, dass im Pflegeakutfall von Beschäftigten eine 10-tägige Auszeit mit Lohnersatzleistungen genommen werden kann. Neu ist auch eine 6-monatige Pflegezeit mit Anspruch auf ein zinsloses Darlehen zur Absicherung des Lebensunterhalts. Die Lohnersatzleistungen sind auch Bestandteile der PPV.

Die Bundesärztekammer und der PKV-Verband haben im November 2013 eine Rahmenvereinbarung zu einer umfassenden Novellierung der Gebührenordnung

für Ärzte (GOÄ) unterzeichnet, mit der eine moderne Gebührenordnung geschaffen werden soll. Die GOÄ ist seit 1982 nur in Teilbereichen aktualisiert worden. Wichtige Bereiche der Medizin sind im Gebührenverzeichnis der GOÄ auf dem Stand vom Ende der 1970er Jahre. Deshalb war es zwischen den Vereinbarungspartnern unstrittig, dass eine umfassende Überarbeitung der GOÄ im Interesse der Patienten und aller anderen Beteiligten geleistet werden musste. Im Jahr 2014 wurde intensiv an der inhaltlichen Ausgestaltung gearbeitet. Die nächsten Schritte zu einem gemeinsamen Vorschlag erfolgen im Jahr 2015.

Nach kontroversen Diskussionen im Jahr 2013 zur Umgestaltung der privaten Krankenversicherung in eine Bürgerversicherung war das politische Umfeld im Jahr 2014 deutlich ruhiger. Es wurde jedoch in der medialen Diskussion immer wieder von Schwierigkeiten beim Tarifwechsel innerhalb eines Versicherungsunternehmens berichtet. Um die zügige Umsetzung des entsprechenden gesetzlichen Anspruchs in der Öffentlichkeit zu bekräftigen, hat der PKV-Verband einen Tarifwechsel-Leitfaden entwickelt, dem die Krankenversicherungsunternehmen beitreten konnten. Der nun vorliegende Tarifwechsel-Leitfaden erläutert und konkretisiert nicht nur die geltende Rechtslage, sondern geht auch deutlich über das gesetzliche Tarifwechselrecht hinaus. Die SIGNAL Krankenversicherung a. G. und der Deutscher Ring Krankenversicherungsverein a. G. sind dem Tarifwechsel-Leitfaden beigetreten. Spätestens 2016 wird der Leitfaden in vollem Umfang von allen teilnehmenden Unternehmen umgesetzt.

Nach wie vor ist die private Krankenversicherung eine unverzichtbare Säule des Gesundheitswesens. Zahllose Studien und ganz aktuell auch der OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland zeigen: Die Bevölkerung hierzulande schrumpft und altert vergleichsweise schnell. Das stellt die Wachstumskräfte unserer Gesellschaft und unsere sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen. Um dem entgegenzuwirken, ist das Modell der privaten Krankenversiche-

rung in Deutschland beispielhaft, da es mit dem Aufbau von Alterungsrückstellungen in Höhe von mehr als 200 Mrd. EUR zur Generationensolidarität beiträgt, ohne auf staatliche Mittel und damit auf die Steuerzahler zurückzugreifen.

Geschäftsverlauf unserer Gesellschaft

Positionierung im Markt

Die SIGNAL Krankenversicherung a. G. (SIGNAL Kranken) schloss das Jahr 2014 mit einem zufriedenstellenden Ergebnis ab. Das Neugeschäft in der Krankheitskostenvollversicherung entwickelte sich entsprechend des Marktdurchschnitts, so dass der Marktanteil im Bestand gehalten werden konnte. Insgesamt liegt unser Marktanteil im Bestand weiterhin über 6 %.

An die SIGNAL Kranken wurde ausgehend von den Bewertungskriterien Bilanzkennzahlen, Service und Beitragsentwicklung im aktuellen PKV-m-Rating des map-Report erneut die Bestnote „mmm“ (=hervorragend) vergeben.

Im Folgerating 2014 von ASSEKURATA bestätigte die SIGNAL Kranken das sehr gute Urteil (A+) aus dem Vorjahr: Die Sicherheitslage der SIGNAL Kranken blieb unverändert EXZELLENT. Die SIGNAL Kranken weist dort eine weit über dem Marktdurchschnitt liegende Eigenkapitalquote aus. Die SIGNAL Kranken gehört auch weiterhin zu den beitragsstabilen Krankenversicherern und wird in diesem Punkt mit SEHR GUT beurteilt. Die SIGNAL Kranken bietet ein hohes Maß an Kundenorientierung. Sowohl die Kunden in der Voll- als auch in der Zusatzversicherung sind überdurchschnittlich zufrieden und bestätigen damit ein sehr gutes Ergebnis für die SIGNAL Kranken.

Die Qualität der Kapitalanlagen wurde wie in den letzten Jahren auch durch die Zeitschrift „Portfolio Institutionell“ ausgezeichnet, und zwar diesmal mit dem Preis für das beste Risikomanagement. Insgesamt konnten seit der erstmaligen Vergabe in 2007 neun Auszeichnungen errungen werden, darunter „Beste Versiche-

„Beste Investor alternative Asset-Klassen“ und „Beste Portfoliostruktur“.

Die Zeitschrift „Finanztest“ hat den Tarif ZahnTOP in der Kategorie „Zahnzusatzversicherungen“ mit der Bestnote „sehr gut“ ausgezeichnet

Ebenfalls in der Zeitschrift „Finanztest“ wurde in der Kategorie Vollversicherung für Angestellte für die Tarifkombination Exklusiv 1 und ESP-VA43 die Note „gut“ vergeben. Die Tarife liegen damit unter den 10 besten Bewertungen.

Die Zeitschrift „Focus Money“ hat den Tarif Ambulant-PLUS in der Kategorie „Zusatzversicherung-Vollschutz“ als Testsieger mit der Bestnote „hervorragend = FFF“ ausgezeichnet.

Das Institut für Vorsorge und Finanzplanung hat die SIGNAL Kranken im KV-Ranking Unternehmensqualität mit der Note „exzellent“ ausgezeichnet.

Unsere Aktivitäten im Gesundheits- und Leistungsmanagement haben u. a. dazu geführt, dass unsere Kunden auch in 2015 nur moderate Beitragsanpassungen erwarten, die voraussichtlich unter dem Marktniveau liegen werden.

Bereits seit zwölf Jahren begleitet das Gesundheitsmanagement der SIGNAL Kranken Versicherte bei schweren Erkrankungen. Kunden mit einer privaten Krankheitskostenvollversicherung erhalten eine individuelle Fallbegleitung bei chronischen oder schweren Krankheiten. Es stehen rund 30 Experten aus unterschiedlichen Bereichen des Gesundheitswesens zur Verfügung. Hierzu gehören Ärzte, Psychologen, medizinisches Fachpersonal, Therapeuten und Versicherungskaufleute. Mit ihrem Fachwissen und Know-how sorgen sie für den bestmöglichen Behandlungsverlauf und ein optimales Behandlungsergebnis. Dies wird insbesondere dadurch ermöglicht, dass sie den oft verunsicherten Kunden als Lotsen im komplexen Gesundheitswesen zur Seite stehen. Da der SIGNAL

Kranken eine optimale und gezielte Betreuung bei schwerwiegenden Krankheiten sehr am Herzen liegt, wurde dieser Service sogar in den Tarifbedingungen der Krankheitskostenvollversicherung verankert.

Die SIGNAL Kranken kooperiert seit dem Jahr 2004 mit nahezu allen Innungskrankenkassen. Mit über 5 Mio. Versicherten und über 470 Geschäftsstellen bundesweit sind die Innungskrankenkassen unser kompetenter Partner in Sachen „gesetzlicher Krankenversicherung“.

Ein weiteres interessantes Wachstumsfeld in der PKV ist die betriebliche Krankenversicherung (bKV). Aufgrund der demografischen Entwicklung muss sich Deutschland in vielen Branchen, insbesondere in den technischen Berufen und im Gesundheitssektor, auf Fachkräftemangel einstellen. Die bKV bietet Unternehmen daher eine günstige Möglichkeit, für Fachkräfte attraktiver zu werden und sie an sich zu binden. Für die SIGNAL Kranken wiederum bieten sich mit der bKV interessante Cross-Selling-Möglichkeiten in ihrer traditionellen Zielgruppe von Handel, Handwerk und Gewerbe. Bereits 10 000 Tarifversicherte haben sich für die bKV der SIGNAL Kranken entschieden.

Betriebene Versicherungsarten

Wir betreiben die Krankheitskostenvollversicherung, die Krankentagegeldversicherung, die Krankentagegeldversicherung, die Krankheitskostenteilversicherung, die Pflegepflichtversicherung, die staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung, die Pflegegeldversicherung als Versicherung gegen laufenden Beitrag. Die Pflegepflichtversicherung und die staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung bestehen als Einzelversicherung, alle anderen Arten als Einzel- und Gruppenversicherung. Darüber hinaus wird die Auslandsreisekrankenversicherung angeboten.

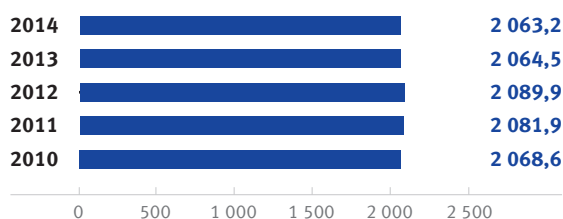
Lage der Gesellschaft

Beiträge

Im Jahr 2014 verringerten sich unsere gebuchten Bruttobeiträge, die fast ausnahmslos aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft stammen, um 1,3 Mio. EUR bzw. 0,1 % (Vorjahr: -25,4 Mio EUR bzw. -1,2 %) auf 2 063,2 Mio. EUR. Der Rückgang ist zum einen mit ca. 11,6 Mio. EUR auf die ab dem 1.8.2013 erfolgte Umstellung in den Notlagentarif zurückzuführen, die in diesem Jahr im Gegensatz zum Vorjahr bereits seit Jahresanfang niedrigere Beiträge verursacht. Zum anderen ist der Beitragsrückgang durch Beitragsanpassungen bedingt, die im Saldo – insbesondere in der Krankheitskostenteilversicherung – zu einer Beitragsminderung um 5,4 Mio. EUR geführt haben.

Gebuchte Bruttobeiträge 2010 – 2014

in Mio. EUR

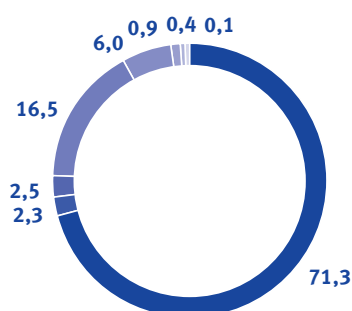


Während die Beiträge in der Krankenversicherung im engeren Sinne um 4,4 Mio. EUR bzw. 0,2 % auf 1 938,6 Mio. EUR sanken, stiegen sie in der Pflegepflichtversicherung um 3,1 Mio. EUR bzw. 2,6 % auf 124,6 Mio. EUR. Innerhalb der Krankenversicherung im engeren Sinne sank die Beitragseinnahme in der Krankheitskostenvollversicherung (inkl. Auslandsreisekrankenversicherung) um 12,8 Mio. EUR bzw. 0,9 % auf 1 471,1 Mio. EUR; 71,3 % unserer Beiträge resultieren aus dieser Versicherungsart.

Die Zusammensetzung der Beitragseinnahmen ist in dem unten stehenden Schaubild dargestellt.

Zusammensetzung der Beitragseinnahmen

in %



- Krankheitskostenvollversicherung
- Krankentagegeldversicherung
- Krankenhaustagegeldversicherung
- Krankheitskostenteilversicherung
- Pflegepflichtversicherung (einschl. GPV)
- Pflegetagegeldversicherung
- Auslandsreisekrankenversicherung
- staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung

Aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnahmen wir zur Vermeidung von notwendigen Beitragsanpassungen 97,7 Mio. EUR (Vorjahr: 119,3 Mio. EUR). Von diesem Betrag stammen 8,0 Mio. EUR (Vorjahr: 10,5 Mio. EUR) aus der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung, die aufgrund des § 12a Abs. 3 VAG verwendet wurden.

In den Beiträgen ist der gesetzliche Beitragszuschlag mit 45,4 Mio. EUR (Vorjahr: 46,4 Mio. EUR) enthalten.

Neugeschäft

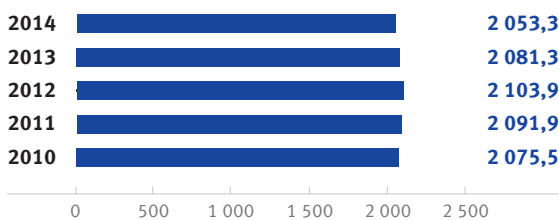
Der Zugang im Neugeschäft einschließlich der Pflegepflichtversicherung sank – parallel zur Marktentwicklung – gegenüber dem Vorjahr um 21,9 %. Ursächlich hierfür waren in der Krankenvollversicherung insbesondere die oftmals teureren Unisex-Tarife. Die SIGNAL Kranken entwickelte sich in etwa wie der Markt. Der Marktanteil im Neugeschäft der Krankenvollversicherung stieg von 5,97 % in 2013 auf 5,99 % in 2014.

Versicherungsbestand

Der Versicherungsbestand gegen laufenden Beitrag sank um 1,3 % auf 2 053,3 Mio. EUR Jahressollbeitrag.

Jahressollbeitrag 2010 – 2014

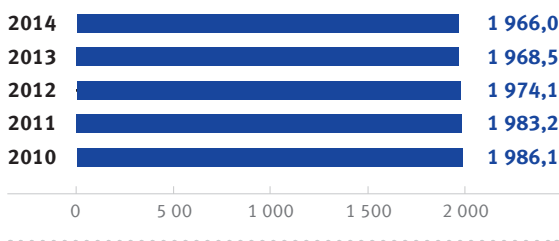
in Mio. EUR



In der Krankenversicherung (ohne Versicherung gegen Einmalbeitrag) waren am Jahresende 1 966 015 Personen bei uns versichert; dies sind 2 521 bzw. 0,1 % weniger als im Vorjahr. Von unseren Versicherten hatten 476 084 eine Vollversicherung – dies sind 24,2 % aller versicherten Personen und 0,3 % bzw. 1 214 Personen weniger als im Vorjahr – und 1 489 931 Personen (0,1 % bzw. 1 307 Personen weniger als im Vorjahr) waren Zusatzversichert.

Versicherte Personen 2010 – 2014

in Tausend



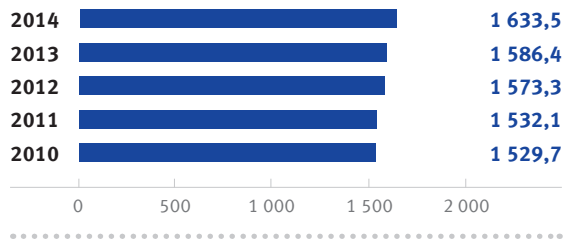
Leistungen an unsere Kunden

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle stiegen um 3,0 % auf 1 633,5 Mio. EUR.

Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle

2010 – 2014

in Mio. EUR



Die Schadenquote gemäß Berechnung des PKV-Verbandes sank von 78,3 % auf 77,8 %. Die Gesamtaufwendungen für die Versicherten, die sich aus den Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Zuführungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen abzüglich der Zinszuführung und der Einmalbeiträge ergeben, verringerten sich im Geschäftsjahr 2014 um 2,9 % auf 1 959,95 Mio. EUR (Vorjahr: 1 904,1 Mio. EUR).

Die SIGNAL Kranken hat im Jahr 2014 für ihre Kunden einen über dem Vorjahresniveau liegenden Betrag für die Beitragsrückerstattung (BRE) zur Verfügung gestellt. Im Idealfall konnten Krankheitskosten-Vollversicherte bis zu drei verschiedene Arten der Beitragsrückerstattung erhalten:

1. Ausschüttung von 80,9 Mio. EUR an rund 135 982 Versicherte, die in den berechtigten Tarifen keine oder nur geringe Leistungen in Anspruch genommen hatten. Damit honoriert die SIGNAL Kranken schon seit vielen Jahren das kostenbewusste Verhalten ihrer Versicherten.
2. Auszahlung in Höhe von 9,9 Mio. EUR als Gesundheits- und Verhaltensbonus. In einigen Vollversicherungstarifen zahlen wir bei Leistungsfreiheit einen Gesundheitsbonus. Zusätzlich honorieren wir bei Leistungsfreiheit in einem speziellen Hochleistungstarif nachweislich gesundheitsbewusstes Verhalten durch einen Verhaltensbonus. Die Höhe der Bonuszahlungen sind tariflich festgelegt.

3. Auszahlung von 17,9 Mio. EUR aus der Pflegepflichtversicherung – unabhängig von der Inanspruchnahme einer Leistung. Damit konnten die Pflegepflichtversicherten wiederum an den entstehenden Überschüssen beteiligt werden.

Mit insgesamt 108,7 Mio. EUR (Vorjahr: 105,6 Mio. EUR) hat die SIGNAL Kranken damit die Treue ihrer Kunden honoriert. Insbesondere vor dem Hintergrund des ständig steigenden Wettbewerbs legen diese Maßnahmen den Grundstein für eine erfolgreiche Bestandsicherung. Es ist geplant, die Beitragsrückerstattung auch in den Folgejahren als wichtiges Element für die Attraktivität unserer Produkte fortzuführen und im Rahmen des Möglichen weiter auszubauen.

Betriebsaufwendungen

Die Abschlussaufwendungen sanken – auch als Folge des geringeren Neugeschäfts – gegenüber dem Vorjahr um 2,2 % bzw. 3,5 Mio. EUR auf 159,3 Mio. EUR. Die Abschlusskostenquote – bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge – verminderte sich um 0,2 %-Punkte von 7,9 % auf 7,7 %.

Die Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 58,15 Mio. EUR waren gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Die Verwaltungskostenquote – bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge – blieb mit 2,8 % gegenüber dem Vorjahr konstant.

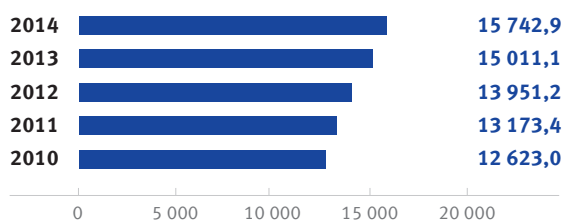
Kapitalanlagen

Trotz der insgesamt unter Performancegesichtspunkten erfreulichen Entwicklung an den Kapitalmärkten waren das Neuanlage- und Kreditrisiko auch in 2014 weiterhin die maßgeblichen Risiken im Portfolio. Im Fokus der Anlage stand daher die Stabilisierung der laufenden Erträge in Verbindung mit einer guten Kreditqualität im Bestand der Zinsträger. Diesem Grundsatz folgend konnte in der langfristigen Neuanlage in 2014 im Durchschnitt eine Rendite von 3,4 % bei einer Laufzeit von 23,6 Jahren und einem Emissionsrating von A+ erzielt werden.

Die Kapitalanlagen stiegen im Geschäftsjahr 2014 von 15,0 Mrd. EUR um 4,9 % auf 15,7 Mrd. EUR.

Kapitalanlagen 2010 – 2014

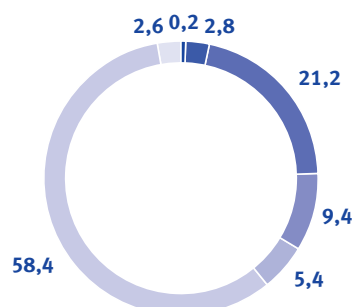
in Mio. EUR



Die Zusammensetzung der Kapitalanlagen ist in dem unten stehenden Schaubild dargestellt.

Zusammensetzung der Kapitalanlagen

in %



- Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte
- Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
- Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
- Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
- Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen
- Sonstige Ausleihungen
- Einlagen bei Kreditinstituten

Strukturveränderungen im Vergleich zum Vorjahr gab es bei den Inhaberschuldverschreibungen sowie den Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, deren Anteile an den gesamten Kapitalanlagen um

3,8 %-Punkte bzw. 1,5 %-Punkte stiegen. Gleichzeitig wurde der Anteil an den sonstigen Ausleihungen um 4,5 %-Punkte verringert.

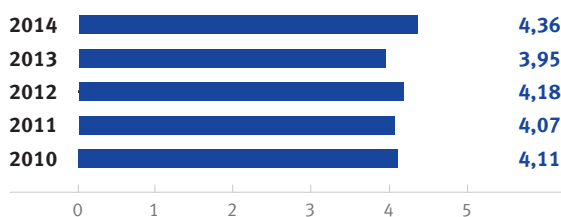
Die Bewertungsreserven der Kapitalanlagen beliefen sich zum 31.12.2014 auf 3 811,9 Mio. EUR; dies sind 2 109,7 Mio. EUR mehr als im Vorjahr, was im Wesentlichen auf deutlich gesunkene Kapitalmarktzinsen zurückzuführen ist. Die Bewertungsquote betrug zum Bilanzstichtag 24,2 % (Vorjahr: 11,3 %).

Das gesamte Kapitalanlageergebnis konnte um 99,1 Mio. EUR auf 670,5 Mio. EUR gesteigert werden; dies entspricht einer im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 %-Punkte gestiegenen Nettorendite von 4,4 %. Während das ordentliche Kapitalanlageergebnis um 19,0 Mio. EUR auf 599,8 Mio. EUR stieg, verbesserte sich das außerordentliche Kapitalanlageergebnis – insbesondere aufgrund von Abgangsgewinnen auf Inhaberschuldverschreibungen – um 80,1 Mio. EUR auf 70,8 Mio. EUR.

Die liquiden Mittel zum 31. Dezember 2014 beliefen sich auf 17,5 Mio. EUR (Vorjahr: 19,4 Mio. EUR). Zum Bilanzstichtag bestanden daneben Liquiditätsreserven in Form von Einlagen bei Kreditinstituten in Höhe von 406,5 Mio. EUR (Vorjahr: 432,3 Mio. EUR) sowie darüber hinaus in Form vorhandener sofort veräußerbarer Wertpapiere. Im Rahmen der detaillierten Liquiditätsplanung wird sichergestellt, dass wir jederzeit uneingeschränkt in der Lage sind, unseren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Verzinsung gesamt netto 2010 – 2014

in %



Rechnungsmäßiger Überschuss

Mit 378,2 Mio. EUR lag der rechnungsmäßige Überschuss nach Steuern um 66,1 Mio. EUR – im Wesentlichen aufgrund einer gesunkenen Schadenquote – über dem Vorjahreswert. Von dem rechnungsmäßigen Überschuss nach Steuern wurden 80,8 Mio. EUR (Vorjahr: 40,5 Mio. EUR) gemäß § 12a Absätze 2 und 3 VAG zugunsten der Versicherten verwendet. Der danach verbliebene Bruttoüberschuss betrug 297,4 Mio. EUR (Vorjahr: 271,6 Mio. EUR).

Die wichtigste Ergebnisquelle ist die Versicherungstechnik. Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote gibt hier in Prozent der verdienten Bruttobeitrags-einnahme an, wie viel von den Beiträgen nach Abzug der Aufwendungen für Schaden- und Betriebsaufwendungen übrig bleiben. Sie erhöhte sich von 11,0 % im Vorjahr auf 11,6 % im Geschäftsjahr.

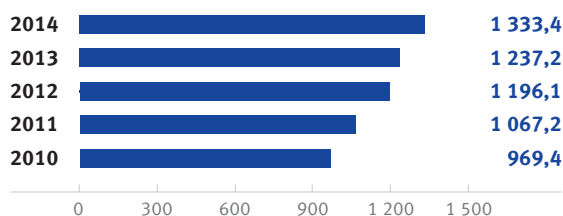
Eine andere wichtige Quelle des Überschusses ist auch in diesem Jahr das Kapitalanlageergebnis, das bei einer Nettoverzinsung von 4,4 % über der rechnungsmäßigen Verzinsung der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern in Höhe von maximal 3,5 % liegt.

Gewinnverwendung

Aus dem Bruttoüberschuss wurden der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung 273,4 Mio. EUR (Vorjahr: 247,6 Mio. EUR) zugeführt. Insgesamt gaben wir 93,7 % (Vorjahr: 92,3 %) des erwirtschafteten Überschusses an unsere Versicherten weiter. In der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung standen am Ende des Jahres 1 217,8 Mio. EUR (Vorjahr: 1 133,0 Mio. EUR) zur Verfügung, die wir für künftige Beitragsentlastungen und Barauschüttungen einsetzen können. Daneben enthält die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung weitere 115,6 Mio. EUR (Vorjahr: 104,2 Mio. EUR).

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

2010 – 2014 in Mio. EUR



Der nach Zuführung zur Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung verbliebene Jahresüberschuss in Höhe von 24,0 Mio. EUR (Vorjahr: 24,0 Mio. EUR) wurde in voller Höhe den Gewinnrücklagen zugeführt. Die Eigenkapitalquote – bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge – stieg insofern von 24,4 % auf 25,6 %.

Unsere exzellente Ausstattung mit Eigenmitteln, die uns auch von der Rating-Agentur ASSEKURATA bestätigt wurde, konnte somit weiter verbessert werden.

Zusammengefasst stellt sich die Überschussverwendung tabellarisch wie folgt dar:

	2014 Mio. EUR	2013 Mio. EUR
Der rechnungsmäßige Überschuss (= Jahresüberschuss + Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung + Verwendung gemäß § 12a VAG + Zuführung zur Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für die Pflegepflichtversicherung) beträgt	378,2	312,1
Verwendung gemäß § 12a Abs. 2 VAG – Deckungsrückstellung	64,0	31,3
Verwendung gemäß § 12a Abs. 3 VAG – erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	16,8	9,2
Zuweisung erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung Pflegepflicht	0,0	0,0
Bruttoüberschuss	297,4	271,6
Zuweisung erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	273,4	247,6
Zuweisung gemäß § 37 VAG und § 15 (4) der Satzung – Gewinnrücklagen	24,0	24,0
Die Überschussverwendungsquote beträgt 93,7 % (Vorjahr 92,3 %).		

Personal- und Sozialbericht

Personal SIGNAL IDUNA Gruppe

Zum 31. Dezember 2014 waren 8 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der SIGNAL IDUNA Gruppe beschäftigt, davon waren 405 Auszubildende. Hinzu kommen 3 743 selbstständige Außendienstpartnerinnen und -partner. Insgesamt sind 12 443 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. Außendienstpartnerinnen und -partner für die SIGNAL IDUNA Gruppe tätig (im Jahresdurchschnitt 12 539 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. Außendienstpartnerinnen und -partner).

Gesundheitsmanagement wird in der SIGNAL IDUNA Gruppe nicht nur den Kunden angeboten – auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Möglichkeit zum Beispiel über Seminare, Workshops und Gesundheitstage hiervon zu profitieren. Die Veranstaltungsreihe „Gesund Führen – gesundes Führen“ soll Führungskräfte zu einem adäquaten Umgang mit psychischen Belastungen am Arbeitsplatz sensibilisieren. Kostenlose Gripeschutzimpfungen sowie Seminare zur Raucherentwöhnung gehören ebenfalls zum betrieblichen Gesundheitsmanagement, das im Jahr 2014 neu aufgestellt wurde. Weitere Angebote sind in Vorbereitung.

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bietet die SIGNAL IDUNA Gruppe ein flexibles Arbeitszeitmodell sowie die Möglichkeit eines außerbetrieblichen Arbeitsplatzes.

Zur Unterstützung der Work-Life-Balance gibt es verschiedene Betriebssportgruppen sowie Kooperationen mit Fitness-Studios, bei denen Mitarbeiter vergünstigte Beiträge zahlen.

Zur Bindung von Potenzialträgern hat die SIGNAL IDUNA Gruppe ein Förderprogramm „Talentmanagement“ eingeführt. Ziel und Inhalt des dreijährigen Förderprogramms ist, dass junge SIGNAL IDUNA Talente individuell aus- und weitergebildet werden, sich persönlich entwickeln und fit für künftige Aufgaben gemacht werden. Voraussetzungen hierfür sind unter anderem überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft und hohe Flexibilität.

Die Mitarbeiterzufriedenheit zeigt sich u. a. an der langjährigen Unternehmenszugehörigkeit im Konzern.

Für die erfolgreiche Bewältigung der vielfältigen Arbeiten im Jahre 2014 danken wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie unseren Außendienstpartnerinnen und Außendienstpartnern.

Kundenzufriedenheit

Die SIGNAL IDUNA Gruppe legt großen Wert auf Kundenzufriedenheit und Service. Beide Aspekte werden vor allem durch gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleistet.

Die hohe Kundenzufriedenheit wird regelmäßig in unternehmenseigenen und unabhängigen Befragungen festgestellt. So werden zum Beispiel regelmäßig Kunden anlassbezogen angerufen und zu ihrer Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der Betreuung befragt. Unsere Kunden waren über alle Punkte (Freundlichkeit, Engagement, Kompetenz, Verständlichkeit und Einfühlungsvermögen) zu 97 % „vollkommen zufrieden“ bis „zufrieden“. Dies zeigt, dass wir als Serviceversicherer wahrgenommen werden.

Tatsächliche Entwicklung im Vergleich zur Prognose des Vorjahres

Die gebuchten Bruttobeiträge und das Neugeschäft entwickelten sich etwas schwächer als prognostiziert. Die Abgänge gingen gemäß unseren Erwartungen weiter zurück. Damit verbesserte sich die Stornoquote wie im Vorjahr prognostiziert. Der Versichertenbestand verringerte sich leicht.

Die Zahlungen für Leistungsfälle, die Netto-Rendite, die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote sowie unsere Eigenkapitalquote entwickelten sich auf dem Niveau unserer Erwartungen.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Die wirtschaftliche Lage der SIGNAL Kranken stellt sich insgesamt als erfreulich dar. Das Neugeschäft entwickelte sich marktkonform. Die Beitragseinnahmen sind leicht rückläufig. Die Nettoverzinsung aus Kapitalanlagen erreichte in 2014 erfreuliche 4,36 % (Vorjahr: 3,95 %). Der Jahresüberschuss der SIGNAL Kranken betrug auch im Geschäftsjahr 24,0 Mio. EUR, der zur Stärkung des Eigenkapitals den Gewinnrücklagen zugeführt wurde.

Nachtragsbericht

In ihrer Funktion als Abwicklungsbehörde hat Österreichs Finanzmarktaufsicht (FMA) am 1. März 2015 gemäß „Bundesgesetz zur Sanierung und Abwicklung von Banken“ (BaSAG) die Abwicklung der Heta Asset Resolution AG (Heta) per Bescheid eingeleitet. Um einen Abwicklungsplan erstellen zu können, ordnet der FMA-Bescheid eine bis zum 31. Mai 2016 befristete Stundung von Verbindlichkeiten und auf diese zu zahlende Zinsen der Heta an.

Wir halten verschiedene Investments der Heta in Höhe von 0,2 % unseres Kapitalanlagevolumens. Wir prüfen zurzeit den rechtlichen Status unserer Papiere. Soweit erforderlich werden wir in 2015 entsprechende Risikovorsorgen treffen.

Zukunftsprogramm 2018

Der Versicherungsmarkt in Deutschland ist im Umbruch. Der Wettbewerbsdruck nimmt zu. Gründe sind die anhaltende Niedrigzinsphase und eine verschärfte Regulierung sowie langfristige Trends wie die Digitalisierung oder auch neue, branchenfremde Marktteilnehmer. Gleichzeitig erhöhen sich die Anforderungen der Kunden: Kompetenz und Schnelligkeit rücken immer stärker in den Mittelpunkt der Beratung. Für viele Kunden wird zudem der Kontakt über digitale Kanäle immer wichtiger.

Die SIGNAL IDUNA Gruppe hat sich bisher gut im Markt behauptet. Dazu haben auch die in den letzten Jahren getätigten erfolgreichen Zusammenschlüsse beigetragen. So konnte die Wettbewerbsposition ausgebaut und die Eigenständigkeit der Unternehmensgruppe gestärkt werden. Um diese Wettbewerbsposition in dem sich verändernden Umfeld zu festigen, stellt sich die SIGNAL IDUNA neu auf. Insbesondere Prozesse und Strukturen werden an die sich wandelnden Anforderungen angepasst.

Durch die schlankere Organisationsstruktur und die Investitionen in verbesserte IT-Systeme, Service-Qualität, zusätzliche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie neue Produkte stärken wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und machen die SIGNAL IDUNA als führenden Service-Versicherer fit für die Zukunft.

Unser Ziel ist es, unsere Kosten um 140 Mio. EUR bis zum Jahr 2018 zu senken. Im Zuge des geplanten Abbaus von Komplexität werden Doppelfunktionen aufgelöst und Prozesse vereinfacht. Die Maßnahmen in Verwaltung und Vertrieb werden voraussichtlich zu einem Abbau von bis zu 1 400 Stellen in den nächsten drei Jahren in unserer Gruppe führen. Etwa ein Drittel der einzusparenden Stellen wird auf Mitarbeiter entfallen, die durch Fluktuation oder altersbedingt aus dem Unternehmen ausscheiden.

Darüber hinaus soll ein Paket personalwirtschaftlicher Maßnahmen aus Angeboten für zum Beispiel Altersteilzeitregelungen, Abfindungen und vorzeitigem Ruhe-

stand bereit gestellt werden. Diese Maßnahmen sollen wie in der Vergangenheit sozialverträglich und in enger Abstimmung mit den Betriebsräten umgesetzt werden. Der Vorstand hat in seiner Vorstandssitzung im Februar 2015 das Zukunftsprogramm grundsätzlich und als ersten konkreten Baustein die Umstrukturierung des Vertriebs beschlossen.

Über weitere Ereignisse von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, ist nichts zu berichten.

Risiko- und Chancenbericht

Nach § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB sind wir verpflichtet, über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zu berichten. Aufgrund § 34 VAG sind die Bestimmungen des § 91 Abs. 2 AktG auch auf Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit anzuwenden. Die nach § 91 Abs. 2 AktG sowie darüber hinaus die nach § 64a VAG geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Überwachungs- bzw. Risikomanagementsystems haben wir getroffen.

Wir verstehen Chancen und Risiken als positive bzw. negative Ergebnisausprägung von zukünftigen Ereignissen.

Als Risiko verstehen wir von Zielerwartungen abweichende mögliche oder bereits eingetretene Ereignisse bzw. Entwicklungen zum Nachteil der wirtschaftlichen Lage unseres Unternehmens.

Chancen sind sich auf die wirtschaftliche Lage positiv auswirkende Ereignisse bzw. Entwicklungen. Dies impliziert, dass die im Folgenden aufgezeigten Risiken nicht eintreten oder die gegenteilige Entwicklung einsetzt. Dies sind zum Beispiel eine positivere Veränderung der Kapitalmarktsituation als angenommen – insbesondere eine günstigere Entwicklung der Zinsen bzw. der Credit-Spreads – oder auch ein besserer als kalkulierter Verlauf bei den Leistungsausgaben.

Wesentliche Elemente unseres Risikomanagementsystems

Wesentliche Elemente unseres Risikomanagementsystems sind die Risikoidentifikation, die Risikoanalyse und -bewertung, die Risikosteuerung und -überwachung sowie die Risikoberichterstattung.

Innerhalb des Risikomanagements kommen auch unsere Planungs- und Überwachungssysteme zum Einsatz, die es uns ermöglichen, Ziel-/Ist-Abweichungen zu verfolgen.

Unsere Überwachungssysteme werden kontinuierlich weiterentwickelt, um die Funktionsfähigkeit sicherzustellen. Darüber hinaus werden, sofern erforderlich, unterjährige Anpassungen des Überwachungssystems durchgeführt.

Die Risikosteuerung liegt in der Verantwortung der Fachbereiche. Die von der Risikosteuerung unabhängige Risikokontrolle wird durch die Risikokontrollfunktion durchgeführt. Bei der Risikokontrollfunktion liegt damit die Verantwortung für

- die Koordination der Abläufe im Risikomanagement,
- die Vorgabe von Methodik und Prozessen zur Identifikation, Bewertung, Dokumentation und Berichterstattung von Risiken,
- die Durchführung der Identifikation und Bewertung von Risiken auf aggregierter Ebene,
- die Beurteilung geplanter Strategien, neuer Produkte und des bestehenden Produktportfolios unter Risikogesichtspunkten,
- das Vorschlagen und Überwachen von Limiten und die Überwachung von Maßnahmen zur Risikosteuerung sowie das Auslösen von Ad-hoc-Prozessen und
- die Risikoberichterstattung an den Gesamt-Vorstand inklusive der Validierung der Risikoeinschätzungen.

Die Risikokontrollfunktion gliedert sich in eine fachlich verantwortliche zentrale Einheit – den Bereich „Zentrales Risikomanagement“ – und in eine dezentrale Einheit je Vorstandsressort. Bei der zentralen Risikokon-

trollfunktion liegt die Verantwortung insbesondere für die abschließende Sicherstellung der Unabhängigkeit der Risikokontrollfunktion von der Risikosteuerung sowie die übergreifende Koordination des Risikokontrollprozesses i. S. der MaRisk (VA). Außerdem erfolgen die Koordination, die Analyse und die Validierung der Berechnung sowie die Berichterstattung zur aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung gemäß Solvency II (Säule I) und zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) im Rahmen des Solvency II-Projektes.

Durch die Trennung des Eingehens von Risikopositionen und der Risikokontrolle stellt unsere Aufbauorganisation sicher, dass keine Interessenkonflikte entstehen.

Zur Risikoidentifikation führen wir quartalsweise Risikoinventuren und darüber hinaus eine jährliche Emerging Risk Inventur durch.

Die Risikobewertung erfolgt anhand der Eintrittswahrscheinlichkeit und der maximal zu erwartenden Schadenhöhe. Dabei sind bereits getroffene Maßnahmen zu berücksichtigen (Nettobewertung).

Die Risikosteuerung und Risikoüberwachung erfolgen anhand des Risikotragfähigkeitskonzeptes, eines daraus abgeleiteten Limitsystems und eines differenzierten Kennzahlensystems, die wir stetig weiterentwickeln.

Über die als wesentlich erkannten Risiken erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung an den Gesamt-Vorstand.

Für die Versicherungsunternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe sind neben den allgemeinen Geschäftsrisiken insbesondere versicherungstechnische Risiken, Marktrisiken, Ausfallrisiken sowie operationale Risiken – darunter auch Rechtsrisiken – und Liquiditätsrisiken von Belang.

Die Weiterentwicklung des Risikomanagements vor dem Hintergrund des EU-weiten Solvency II-Prozesses erfolgt in einem unternehmensweiten Projekt. Dieses

ist zuständig für die Umsetzung bzw. aktive Begleitung des gesamten Solvency II-Prozesses. Innerhalb des Solvency II-Projektes erfolgt die Risikobewertung anhand der Bestimmung des regulatorischen Kapitalbedarfs (SCR) sowie mit Hilfe des ORSA.

Im Rahmen der Vorbereitungsphase auf Solvency II setzen wir kontinuierlich die Anforderungen an das Governancesystem um. Bezüglich der Schlüsselfunktionen werden insbesondere noch die Anforderungen an die neu implementierte versicherungsmathematische Funktion umgesetzt. Zur Sicherstellung der Anforderungen an die fachliche Qualifikation werden in 2015 Schulungen für Aufsichtsräte, die Vorstände, die Inhaber von Schlüsselpositionen sowie für weitere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen geplant. Ferner wird die persönliche Zuverlässigkeit überprüft. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Weiterentwicklung des ORSA Prozesses.

Versicherungstechnische Risiken

Der Markt der Gesundheitswirtschaft ist erheblich durch die politischen Entscheidungen und Gesetze beeinflusst, die sich auf die versicherungstechnischen Risiken der privaten Krankenversicherung auswirken. Daher nimmt im Risikomanagementsystem unseres Unternehmens das Management der versicherungstechnischen Risiken eine herausgehobene Stellung ein.

Besondere Herausforderungen für die private Krankenversicherung bestehen weiterhin durch:

- Auswirkungen der Einführung von Unisex-Beiträgen
- Einführung und Nutzung des Notlagentarifs
- Beschränkung der Abschlussprovisionen
- Ausweitung der Stornohaftungszeit in der substitutiven Krankenversicherung
- Mitgabe der Alterungsrückstellung für das Neugeschäft seit 2009
- die anhaltende Niedrigzinsphase

Die zur Berechnung der Beiträge und Rückstellungen verwendeten Rechnungsgrundlagen werden laufend

überprüft. Durch vorsichtige Kalkulation und eine kundenorientierte Überschussverwendungspolitik wird sichergestellt, dass die Beiträge für unsere Versicherten auch im Alter bezahlbar bleiben. Mit restriktiven Annahmerichtlinien und aktuariellen Analysen reduzieren wir die versicherungstechnischen Risiken. Dazu zählen neben umfangreichen Bestands- und Leistungsauswertungen auch die vorausschauende Beurteilung und Steuerung von Leistungsausgaben, zum Beispiel im Bereich der Krankentagegeldversicherung oder bei psychischen Erkrankungen. Spitzenrisiken begegnen wir mit geeigneten Rückversicherungsverträgen.

Zu den entscheidenden krankenversicherungsspezifischen versicherungstechnischen Risiken zählen:

- das Krankheitsrisiko,
- das Stornorisiko,
- das Sterblichkeitsrisiko,
- das Langlebigkeitsrisiko,
- das Kostenrisiko und
- das Änderungsrisiko beim Rechnungszins.

Das Krankheitsrisiko besteht in einer möglichen Abweichung hinsichtlich der Höhe, des Trends oder der Volatilität des tatsächlichen Aufwands für Versicherungsleistungen von den Annahmen. Der tatsächliche Aufwand hängt von der künftigen Entwicklung der Krankheitskosten (medizinische Inflation) und der Inanspruchnahme der Versicherungsleistungen ab. Durch die tatsächlich vorhandenen Risikounterschiede zwischen den Geschlechtern ist die Zusammensetzung des künftigen Bestandes bei der Kalkulation von Unisex-Tarifen zu berücksichtigen.

Eine dauerhafte Abweichung der tatsächlichen Versicherungsleistungen von den kalkulierten Werten führt zu einer vom Verantwortlichen Aktuar und dem unabhängigen Treuhänder überwachten Beitragsanpassung, so dass das Krankheitsrisiko für das Unternehmen eingeschränkt ist. Für die Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung der Bestände ist es jedoch wichtig, Anzahl und Höhe von Beitragsanpassungen zu begrenzen und die Beiträge möglichst stabil zu halten. Um

das sicherzustellen, wenden wir restriktive Annahmerichtlinien an, steuern tarifbezogen die Leistungsausgaben und sind im Gesundheitsmanagement aktiv.

Das Stornorisiko bezeichnet das Risiko einer möglichen Abweichung hinsichtlich der Höhe und der Volatilität des tatsächlichen Stornoverhaltens von den verwendeten Annahmen. Erhöhtes Storno führt zu Bestandsverlusten und auf Dauer zu geringeren Gewinnen. Die Stornotafeln werden regelmäßig überwacht, die enthaltenen Sicherheiten kontrolliert und auf ihre Angemessenheit überprüft. Aktualisierungen sind im Rahmen von Beitragsanpassungen möglich. Auch der Tatsache, dass sich das Stornoverhalten durch verschiedene gesetzliche Vorgaben geändert hat, wird dadurch Rechnung getragen. Das darüber hinaus aus der Mitgabe des Übertragungswertes entstehende Risiko wird durch die regelmäßige Überprüfung der zugrunde gelegten und mit ausreichenden Sicherheiten versehenen Annahmen minimiert.

Als Sterblichkeitsrisiko wird die Möglichkeit bezeichnet, dass die tatsächliche Sterblichkeit höher oder volatiler ist als angenommen. Dies führt auch zu Bestandsverlusten und auf Dauer zu geringeren Gewinnen.

Als Langlebigkeitsrisiko wird dagegen die Möglichkeit bezeichnet, dass die tatsächlichen Sterberaten niedriger oder volatiler sind als angenommen. Es kann zu Beitragsanpassungen und zu erhöhten Leistungsausgaben kommen.

Die Verwendung aktueller Sterbetafeln, die mit angemessenen Sicherheiten versehen sind, verringert das Sterblichkeits- und Langlebigkeitsrisiko.

Das Kostenrisiko ergibt sich aus möglichen Veränderungen in der Höhe, im Trend oder in der Volatilität der tatsächlich bei Abschluss, Verwaltung und Schadenregulierung von Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen anfallenden Kosten im Vergleich zu den Annahmen. Höhere Kosten führen tendenziell zu höheren Beiträgen mit negativem Effekt auf das Stornorisiko und die Wettbewerbspositionierung. Dem Risiko wird

durch Kostendisziplin und ausreichende Kostenzuschläge im Rahmen der Tarifikalkulation begegnet. Außerdem wird ein Zukunftsprogramm auf Konzernebene vorbereitet, welches sich mittel- bis langfristig unter anderem positiv auf die Kostensituation auswirken wird.

Der Rechnungszins ist eine Rechnungsgrundlage, die für die Kalkulation der Beiträge und der Alterungsrückstellung verwendet wird. Wegen der Langfristigkeit der Verpflichtungen ist die Berücksichtigung eines entsprechenden Zinssatzes notwendig. Gemäß Kalkulationsverordnung darf er 3,5 % nicht übersteigen. Der verwendete Rechnungszins muss nachhaltig erwirtschaftet werden können, andernfalls ist eine Anpassung dieser Rechnungsgrundlage mit der Folge veränderter Bestandsbeiträge notwendig. Dem Änderungsrisiko beim Rechnungszins wird regelmäßig mit einer entsprechenden Kapitalanlageplanung und der Überprüfung des Rechnungszinses auf Basis des Verfahrens zur Bemessung des „Aktuariellen Unternehmenszinses“ begegnet. Darüber hinaus werden im Rahmen des Asset-Liability-Managements die zukünftigen Zahlungsströme aus Beiträgen, Kapitalanlagen und Verpflichtungen sorgfältig aufeinander abgestimmt.

Die anhaltende Niedrigzinsphase führt zu einer stetigen Senkung des Aktuariellen Unternehmenszinses. Da an den Rechnungszins selbst kein auslösender Faktor anknüpft, ist eine Rechnungszinsanpassung nur möglich, wenn die auslösenden Faktoren für die Leistungsausgaben oder die Sterblichkeit anspringen. Die Kumulation mehrerer Effekte kann zu erheblichen Beitragssprüngen im Bestand führen. Verschiedene Lösungsmöglichkeiten für die Problematik wie z. B. ein eigener auslösender Faktor für den Rechnungszins werden zur Zeit PKV-weit entwickelt.

Marktrisiken

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Es umfasst im Wesentlichen das Verlustrisiko aufgrund

von nachteiligen Änderungen von Aktienkursen, Zinsen, Währungskursen, Credit-Spreads sowie von Zeitwerten bei Beteiligungen und Immobilien. Zusätzlich zählt die Marktrisikokonzentration zu den wesentlichen Risiken.

Das Aktienrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien.

Das Zinsrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der risikofreien Zinsstrukturkurve oder in Bezug auf die Volatilität der Zinssätze. Das Zinsrisiko besteht für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, deren Marktwert auf eine Änderung der Zinskurve reagiert. Neben Marktwertverlusten durch einen Zinsanstieg ergibt sich das Risiko auch daraus, dass bei der Neuanlage in Niedrigzinsphasen Zinserträge ggf. nicht mehr ausreichen, um passivseitige Anforderungen zu erfüllen. Eine Maßnahme zur Risikominderung stellt hier die Absenkung des Rechnungszinses dar.

Für die Überwachung der Marktrisiken von Aktien und Zinsträgern werden Sensitivitätsanalysen und Stress-tests eingesetzt, welche die Wertveränderung unseres Portfolios in Abhängigkeit zu Marktschwankungen aufzeigen. Hierbei werden u. a. folgende Stressannahmen gesetzt:

- für unsere Aktienbestände Indexschwankungen von +/- 10 % bzw. +/- 20 %

AKTIENKURSÄNDERUNG	MARKTWERTÄNDERUNG AKTIEN
Anstieg um 20 %	127,7 Mio. EUR
Anstieg um 10 %	63,9 Mio. EUR
Rückgang um 10%	- 64,8 Mio. EUR
Rückgang um 20%	- 130,6 Mio. EUR

Die Aktienquote nach Buchwerten beträgt zum 31. Dezember 2014 unter Berücksichtigung von Absicherungsgeschäften 3,8 %.

- für unsere Zinsträger (Namenspapiere, Hypotheken und Renteninhaberpapiere) Veränderungen der Zinsstrukturkurve um +/- 100 Basispunkte bzw. +/- 50 Basispunkte

ZINSÄNDERUNG	MARKTWERTÄNDERUNG ZINSTRÄGER
+ 100 Basispunkte	- 1 642,8 Mio. EUR
+ 50 Basispunkte	- 821,4 Mio. EUR
- 50 Basispunkte	821,4 Mio. EUR
- 100 Basispunkte	1 642,8 Mio. EUR

Das Immobilienrisiko besteht in der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.

Immobilienrisiken werden über Anlegerausschüsse und -richtlinien sowie die laufende Überwachung der Objekte durch das Portfolio- und Risikomanagement und deren Bewertung durch neutrale Gutachter kontrolliert.

Die Immobilienquote nach Buch- bzw. Anschaffungswerten beträgt zum 31. Dezember 2014 7,2 %.

Das Währungsrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse. Währungsrisiken ergeben sich zum Beispiel aus der Aufwertung der Inlandswährung bzw. Abwertung der Auslandswährung im Hinblick auf Anlagen, die in Auslandswährungen gehalten werden. Eine Realisierung des Risikos ergibt sich in diesem Fall unter anderem, falls die entsprechende Kapitalanlage veräußert wird oder werden muss oder im Falle der Bilanzierung nach dem strengen Niederstwertprinzip.

Das Währungsrisiko wird anhand des Fremdwährungs-exposures nach Absicherung gemessen. Zum 31. Dezember 2014 betrug das Netto-Fremdwährungs-exposure 3,2 % nach Buch- bzw. Anschaffungswerten.

Ein weiterer Bestandteil des Marktrisikos ist das Spreadrisiko. Das Spreadrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Credit-Spreads über der risikofreien Zinskurve. Im Rahmen des Spreadrisikos werden die Auswirkungen der Änderungen von Credit-Spreads gegenüber dem risikolosen Zins auf den Marktwert von Kapitalanlagen unter Kreditrisikoaspekten analysiert. Die Veränderung der Credit-Spreads resultiert aus Bonitätsänderungen der Schuldner sowie Veränderungen der Liquidität und somit der Handelbarkeit der Kapitalanlage. Das Risiko besteht im Werteverfall eines Kredits bzw. in der Möglichkeit, dass sich Verluste in Form von Kreditausfällen oder Ertragsausfällen ergeben.

Das Spreadrisiko wird im Rahmen der regelmäßigen Bewertung der Zinsträger beobachtet und bewertet.

Im Rahmen des implementierten Kreditprozesses erfolgt eine regelmäßige Überwachung der Kreditengagements. Das Emittentenuniversum basiert auf einem internen Scoring-Prozess und definierten Limiten je Emittent. Neue Kreditsegmente durchlaufen einen standardisierten Prüfungsprozess.

Die Anlage erfolgt unter Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Mischung und Streuung.

Darüber hinaus bestehen für den Einsatz von speziellen Finanzinstrumenten wie beispielsweise Kreditderivaten oder strukturierten Produkten innerbetriebliche Richtlinien.

Den Schwerpunkt der Neuanlage in Zinsträger im Direktbestand bildeten ausgewählte Staatsanleihen. Daneben wurde weiterhin in Anlagen bei Kreditinstituten guter Bonität investiert.

Ergänzend erfolgte im Bankensegment die Anlage selektiv in Form von strukturierten Finanzprodukten.

Ferner wurden zwecks Diversifizierung der Geldmarktstrategie kurzlaufende Unternehmensanleihen (Commercial Paper) mit einer Laufzeit von max. drei Monaten erworben.

Die im Folgenden genannten Quoten wurden auf Basis der Buch- bzw. Anschaffungswerte ermittelt.

Das Bankenexposure bildet mit 57,9 % der Kapitalanlagen weiterhin den Schwerpunkt im Portfolio, wobei hiervon 31,5 % Pfandbriefe sind. Daneben bestehen 53,4 % des Exposures aus erstrangigen Anlagen bei Banken und 5,8 % aus Nachrangtiteln. Die übrigen 9,3 % sind Aktien, Beteiligungen, Festgelder und andere Anlagen.

Der Anteil der Anlagen bei Unternehmen außerhalb des Bankensektors beträgt 12,5 %, davon sind 41,8 % Zinsträger und 58,2 % Aktien bzw. Beteiligungen.

Der Anteil an Hypotheken, die dem Spreadrisiko unterliegen, beträgt 2,9 %. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um erstrangige Hypotheken im gewerblichen Bereich.

Die Gesellschaft ist mit 12,5 % in Staatsanleihen exklusive Bund und Länder investiert. Zu den Top-Emittenten gehören Frankreich mit 3,5 %, Italien mit 2,3 % und Belgien mit 2,0 %.

Wie die gesamte Branche wurde auch die SIGNAL Kranken von den massiven Ratingverschlechterungen im Zuge der Kreditkrise getroffen. Die mittlerweile eingetretene Trendwende hat noch keine spürbare Verbesserung der Ratings zur Folge.

So ist das Durchschnittsrating im Bestand der Zinsträger im Jahresverlauf konstant geblieben und beträgt zum 31. Dezember 2014 weiterhin AA-

Der Bestand weist folgende Ratingstruktur auf:

	RATINGKLASSE	ANTEIL
Investment Grade	AAA	29,4 %
	AA	18,4 %
	A	31,3 %
Non Investment Grade	BBB	17,3 %
	BB-B	1,5 %
	CCC-D	0,1 %
ohne Rating		2,0 %

Zu den Marktrisiken gehört abschließend die Marktrisikokonzentration. Sie beschreibt zusätzliche Risiken, die entweder durch eine mangelnde Diversifikation des Anlageportfolios oder durch eine hohe Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko eines einzelnen Wertpapieremittenten oder einer Gruppe verbundener Emittenten bedingt sind.

Die Marktrisikokonzentration in der Kapitalanlage wird im Rahmen des Risikomanagementprozesses laufend gemessen. In diesem Zusammenhang ist beispielhaft die Schuldnerstruktur im Kreditbereich zu nennen. So machen die zehn größten Emittenten (Emittenten aus demselben Konzern zusammengefasst) im Bestand rd. 29,2 % des gesamten Kapitalanlagenbestandes der Gesellschaft aus.

Ausfallrisiken

Das Ausfallrisiko trägt möglichen Verlusten Rechnung, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen ergeben.

Das Ausfallrisiko berücksichtigt die risikomindernden Verträge wie Rückversicherungsvereinbarungen, Verbriefungen und Derivate sowie Forderungen gegenüber Vermittlern und alle sonstigen Kreditrisiken, die im Spreadrisiko nicht abgedeckt sind.

Der Anteil an Hypotheken, die dem Ausfallrisiko unterliegen, beträgt 2,5 % der Kapitalanlagen. Es handelt

sich hierbei im Wesentlichen um erstrangige deutsche Hypotheken an Privatpersonen für Wohngebäude. Die Quote wurde auf Basis der Buch- bzw. Anschaffungswerte ermittelt.

Es bestehen Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern und Rückversicherern.

Gegenüber Versicherungsnehmern belaufen sich die Beitragsforderungen insgesamt zum 31. Dezember 2014 auf 27,2 Mio. EUR. Der Anteil der ausstehenden Forderungen, deren Fälligkeitszeitpunkt am Bilanzstichtag mehr als 90 Tage zurückliegt, beläuft sich auf 24,7 Mio. EUR. Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Geschäftsjahre beträgt (bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge) 0,17 % – ohne Berücksichtigung der rückwirkenden Umstellung in den Notlagentarif.

Im Rahmen eines existierenden Forderungsmanagements wird bereits frühzeitig einem möglichen Risiko entgegengewirkt.

Für die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern bilden wir Wertberichtigungen in angemessener Höhe auf Basis der Erfahrungswerte aus den Vorjahren und schreiben uneinbringliche Forderungen ab.

Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern ist für die SIGNAL Kranken sehr gering aufgrund des sehr geringen Anteils des Geschäfts, welches in Rückdeckung gegeben wird.

Wir orientieren uns bei der Auswahl unserer Rückversicherer an Qualitätskriterien hinsichtlich der Finanzstärke, der fachlichen Qualität, den Möglichkeiten der Zusammenarbeit sowie der geschäftlichen Ausrichtung der Gesellschaften. Die Ratingeinstufungen der Rückversicherer sind ein wichtiges Indiz für deren Solidität.

Abrechnungsforderungen gegenüber Rückversicherern zum 31. Dezember 2014 bestanden nicht.

Operationale Risiken

Operationale Risiken beschreiben das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Sie betreffen die Qualität und Effizienz der Organisation, der funktionalen Abläufe, des Personals, der Technik und der Kontrolle. Außerdem ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil unseres operationalen Risikos.

Da in der SIGNAL IDUNA Gruppe alle wesentlichen Geschäftsprozesse und Aufgaben durch Informationstechnik (IT) unterstützt werden, liegt hier ein besonderer Schwerpunkt in der Betrachtung der operationalen Risiken.

Im Bereich der IT liegen die bedeutsamsten Risiken in einem teilweisen oder vollständigen Ausfall der IT-Systeme und in einem Verlust oder einer Manipulation der Datenbasis.

Einem möglichen Ausfall der IT-Systeme wird mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen entgegengewirkt. Zentrale Elemente sind beispielhaft der Betrieb eines Sekundär-Rechenzentrums, die Durchführung umfangreicher Datensicherungen und -spiegelungen, maschinelle Überwachung der Systeme auf allen Ebenen, Bereitschaftsregelungen sowie Wartungsverträge mit den verschiedenen Anbietern von Hard- und Software.

Zum Schutz der Daten vor unberechtigtem Zugriff und Manipulation sind angemessene technische und organisatorische Vorkehrungen getroffen worden – z. B. durch die Installation von Firewall-Systemen (Trennung vom öffentlichen Netz), Virenscannern, Verschlüsselungen, abgesicherten Verbindungen (z. B. zu den Landes- oder Filialdirektionen und den außerbetrieblichen Arbeitsplätzen) und die Nutzung von Authentifizierungssystemen.

Die Eignung der beschriebenen Vorkehrungen wird regelmäßig, z. B. im Rahmen von Notfallübungen oder Penetrationstests, überprüft und bewertet.

Für die Zukunft erwarten wir weitere Effizienzsteigerungen und eine noch stärkere Unterstützung der Anwender durch die Etablierung leistungsstärkerer IT-Systeme.

Das Compliancerisiko ist definiert als Auswirkungen aus dem Verstoß gegen gesetzliche, regulatorische oder interne Normen. Diese Auswirkungen umfassen finanzielle Schäden, Strafen oder Bußgelder, Sanktionen der Aufsichtsbehörden, Reputationsschäden und individuelle Risiken der Organmitglieder.

Die Einhaltung der gesetzlichen, regulatorischen oder internen Normen stellt ein Verhaltenscodex in Form einer Compliance-Leitlinie sicher. Das Compliance-Komitee steuert die Aktivitäten im Bereich Compliance. Es unterstützt Mitarbeiter, Führungskräfte und Vorstand bei der Umsetzung der in der Compliance-Leitlinie festgelegten Unternehmensgrundsätze.

Das Prozessrisiko bezeichnet Risiken, die aufgrund fehlgeschlagener Prozesse direkt oder indirekt zu Verlusten führen, vor allem im Falle von Prozessen mit Kontakt zu Kunden oder Geschäftspartnern.

Prozessrisiken wird im Rahmen des Internen Kontrollsystems begegnet. Auf Basis der strukturierten Prozessdokumentation werden die Prozessrisiken identifiziert und Maßnahmen zur Risikominderung eingeleitet.

Rechtsrisiken bezeichnen Risiken von Verlusten aufgrund von Änderungen des durch die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens sowie durch Änderungen in der Gesetzgebung.

Chancen und Risiken aus Entwicklungen der Gesundheitspolitik / dem gesundheitswirtschaftlichen Umfeld

Mit ihrem Ende 2013 geschlossenen Koalitionsvertrag haben Union und SPD an der Dualität von gesetzlicher und privater Krankenversicherung festgehalten und damit den Fortbestand der PKV für die aktuelle Legislaturperiode gesichert. Trotzdem werden wir in Folge

der Entwicklung der Gesundheitspolitik und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch in 2015 vor großen Herausforderungen stehen, die mit Chancen und Risiken verbunden sind.

Die eher positive konjunkturelle Entwicklung hat einen dämpfenden Einfluss auf den Bestand der Vollversicherten, weil sich die Struktur der Erwerbstätigen verändert hat. Die Verschiebung von Selbständigen zu Angestellten hat eine steigende Anzahl von GKV-Pflichtversicherten und aufgrund der etwa gleichbleibenden Anzahl aller Krankenversicherten einen gleichzeitigen Rückgang der PKV-Versicherten zur Folge. Weitere hemmende Faktoren für die Wachstumsraten im Neugeschäft sind die Abkehr vom Niedrigpreissegment und die zukünftige demographische Entwicklung.

Die aktuelle Entwicklung in der GKV mit der Einführung der kassenindividuellen gehaltsabhängigen Zusatzbeiträge kann dagegen künftig zu einer Steigerung der Attraktivität der PKV bei freiwilligen GKV-Versicherten führen.

Im Jahr 2014 wurde intensiv an der Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) gearbeitet. Im Falle der Einführung einer neuen GOÄ werden ggf. weitere Kostensteigerungen über die medizinische Inflation hinaus auf die PKV zukommen.

Um unseren Kunden auf Dauer einen guten und bezahlbaren Versicherungsschutz bieten zu können, werden wir im Gesundheitsmanagement sowie der Patienten- und Leistungssteuerung die eingeschlagenen Wege weiter konsequent beschreiten. Damit verbunden ist die Chance, neue kundenfreundliche und serviceorientierte Angebote aufzutun.

Die weiter anhaltende Niedrigzinsphase senkt zunehmend die Zinsmargen, aus denen u. a. die Rückstellung für Beitragsrückerstattung und die Direktgutschrift zur Deckungsrückstellung dotiert wird. Damit stehen weniger Mittel für die Milderung von Beitragsanpassungen zur Verfügung. Die Kapitalanlage- und Rechnungszinspolitik steht hier weiterhin vor großen Aufgaben.

Zur Stärkung und kundenfreundlicheren Ausgestaltung des Tarifwechselrechts hat der PKV-Verband einen Tarifwechsel-Leitfaden entwickelt, der über die gesetzlichen Anforderungen hinaus geht. Unsere Gesellschaft ist dem Leitfaden beigetreten und hat sich verpflichtet, diesen spätestens 2016 in vollem Umfang umzusetzen. Die nicht termingerechte Umsetzung, die ggf. notwendigen Änderungen der organisatorischen Abläufe und der steigende Beratungsaufwand gegenüber unseren Kunden sind mit Risiken für unser Unternehmen verbunden.

Mit dem bereits in Kraft getretenen Pflegestärkungsgesetz I wurden unter anderem die Leistungen in der Pflegeversicherung ausgeweitet, was sowohl in der sozialen als auch in der privaten Pflegepflichtversicherung höhere Beiträge zur Folge hatte. In der geplanten zweiten Stufe wird ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff zu veränderten „Pflegegraden“ führen, die eine grundlegende Neustrukturierung von Pfelegetarifen, Begutachtungen und des Leistungsgeschehens erforderlich machen. Hiervon ist nicht nur die Pflegepflichtversicherung betroffen, sondern auch die Pflegezusatzversicherungen einschließlich der geförderten ergänzenden Pflegeversicherung. Die Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes II erfordert erhebliche Anstrengungen. Zusätzliche Beitragsanpassungen sind möglich. Höhere Beiträge können sich einerseits negativ auf die Attraktivität von Pflegeversicherungsprodukten auswirken; andererseits besteht die Chance, dass sich die öffentliche Diskussion rund um die Umsetzung der geplanten Verbesserungen in der Pflegeversicherung und rund um die Wichtigkeit des Themas „Pflege“ positiv auf das Geschäft auswirkt.

Für die private Krankenversicherung existieren weiterhin gute Marktchancen durch den Vertrieb der seit Anfang 2013 staatlich geförderten ergänzenden Pflegeversicherung (gePV).

Sonstige Risiken

Zu den Sonstigen Risiken gehören insbesondere das Liquiditätsrisiko und das Reputationsrisiko.

Unter Liquiditätsrisiken verstehen wir die Gefahr, unseren Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können. Diese Gefahr wird durch den Einsatz von Finanzplanungsinstrumenten begrenzt, welche zur Abstimmung des Kapitalanlagebestandes, der laufenden Zahlungsströme und der versicherungstechnischen Verpflichtungen eingesetzt werden. Es stehen zu jedem Zeitpunkt ausreichend Kapitalanlagen zur Verfügung, die kurzfristig liquidierbar sind. Aktuell sehen wir kein wesentliches Liquiditätsrisiko für die Gesellschaft.

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Eigentümern/Aktionären, Behörden) ergibt. Das Reputationsrisiko ist in der Regel ein Risiko, das im Zusammenhang mit anderen Risiken auftritt.

Ein Reputationsschaden wirkt sich unter anderem auf das Neugeschäft und die Stornoquoten und damit die Bestandsentwicklung aus.

Zusammenfassende Darstellung

Der geforderten Solvabilitätsspanne von 124,1 Mio. EUR stehen Eigenmittel von 521,5 Mio. EUR gegenüber. Bewertungsreserven werden bei der Ermittlung der vorhandenen Eigenmittel nicht berücksichtigt.

Die Solvabilitätsbedeckung beträgt 420 %. Damit zeichnet sich die Gesellschaft durch eine außerordentlich solide und im Vergleich zu den Wettbewerbern überdurchschnittliche Kapitalausstattung aus. Dadurch sind wir für unsere Kunden auch langfristig ein stabiler Partner.

Zusammenfassend ist für unser Unternehmen festzustellen, dass derzeit den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken nicht erkennbar sind.

Prognosebericht

Auf die Versicherungswirtschaft gehen vom gesamtwirtschaftlichen Umfeld unterschiedliche Impulse aus:

Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland dürfte im laufenden Jahr nach ersten Prognosen des Sachverständigenrates aufgrund der verhalten positiven konjunkturellen Entwicklung bei 1,0 % liegen. Hierbei wird berücksichtigt, dass neben positiven Impulsen der Binnennachfrage auch die wirtschaftliche Erholung im Euroraum an Schwung gewinnt und sich die Investitionstätigkeit der Unternehmen wieder belebt. Dabei dürfte es weiterhin insbesondere darauf ankommen, dass in den Kernländern des Euroraums verstärkt wachstumsfördernde Reformmaßnahmen in den Fokus rücken. Insgesamt bleiben damit – auch vor dem Hintergrund der geopolitischen Unsicherheiten – Abwärtsrisiken für die Konjunkturentwicklung bestehen. Andererseits könnte die deutsche Wirtschaft als Rohstoffimporteur von den zuletzt deutlich gefallenem Ölpreisen und dem schwachen Euro stärker als bisher angenommen profitieren. Konsumgüter und Dienstleistungen kosten im Januar durchschnittlich 0,3 % weniger als ein Jahr zuvor. Im Dezember hatte die Inflationsrate noch plus 0,2 % betragen.

Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte entwickelt sich auch aufgrund der weiterhin guten Arbeitsmarktentwicklung insgesamt positiv. Es wird davon ausgegangen, dass sich der Arbeitsmarkt auch in 2015 weiter stabil entwickeln wird. In der Bevölkerung ist grundsätzlich Konsumbereitschaft vorhanden. Gleichzeitig ist bei den Verbrauchern eine fortwährende Verunsicherung aufgrund der Krise der Peripheriestaaten im Euroraum zu spüren. Zusammen mit dem Niedrigzinsumfeld führt dies zu einer Zurückhaltung beim Abschluss langfristiger Altersvorsorgeverträge.

Die deutschen Versicherer stehen weiter vor großen Herausforderungen. Diese reichen vom Niedrigzinsumfeld bis zu einer veränderten Risikolandschaft.

Für das Jahr 2015 ergibt sich aus den Prognosen für die Hauptsparten, dass die Beitragseinnahmen in der Versicherungswirtschaft insgesamt um etwa 0,5 % steigen könnten. Während im Lebensversicherungsgeschäft ein leichtes Minus und in der privaten Krankenversicherung stabile Beiträge erwartet werden, ist davon auszugehen, dass die Beiträge in der Schaden- und Unfallversicherung wachsen werden, wenn auch nicht mehr so stark wie in den Vorjahren.

Aufgabe der Versicherungsbranche ist es, in diesem Umfeld die Wichtigkeit der eigenverantwortlichen Vorsorge deutlich zu machen. Der Vorsorge- und Absicherungsbedarf in der Bevölkerung wird weiter zunehmen.

Die Zukunft der privaten Krankenversicherung war im Jahr 2014 kein wesentliches Thema in der politischen Diskussion. Trotzdem bleiben die Erwartungen eher abwartend.

Im Januar 2015 trat das Pflegestärkungsgesetz I in Kraft. Die Leistungen in der Pflegeversicherung werden ausgeweitet, damit sie „den Bedürfnissen pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen besser entsprechen“. Eine zentrale Rolle spielen die Dynamisierung der Leistungen sowie der Aufbau eines Pflegevorsorgefonds. Im Mittelpunkt des für 2015 geplanten Pflegestärkungsgesetzes II stehen dabei die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sowie ein neues Begutachtungsverfahren. Die bisherige Unterscheidung zwischen Pflegebedürftigen mit körperlichen Einschränkungen und Demenzkranken soll damit entfallen. Im Zentrum steht der Unterstützungsbedarf jedes Einzelnen. Zur Finanzierung der Reformen in der sozialen Pflegeversicherung wird der Beitragssatz insgesamt um 0,5 %-Punkte in zwei Stufen erhöht werden. Die 1. Stufe umfasst ab 2015 eine Anhebung um insgesamt 0,3 %-Punkte, wovon 0,2 %-Punkte zur Finanzierung kurzfristiger Leistungsverbesserungen dienen und 0,1 %-Punkte zum Aufbau eines Pflegevorsorgefonds bei der Bundesbank verwendet werden sollen. Damit wird der demographischen Ent-

wicklung begegnet, und zukünftige Generationen werden entlastet. Mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes sowie weiterer Leistungsverbesserungen soll der Beitragssatz um weitere 0,2 %-Punkte angehoben werden.

Die Änderungen in der sozialen Pflegeversicherung werden auch große Auswirkungen auf die private Pflegepflichtversicherung haben. Diese ist verpflichtet, ihren Versicherten gleichwertige Leistungen wie in der sozialen Pflegeversicherung zur Verfügung zu stellen und für die Feststellung der Pflegebedürftigkeit sowie für die Zuordnung zu einer Pflegestufe dieselben Maßstäbe und Grundsätze anzulegen. Damit werden im Leistungsrecht und bei der Begutachtung erhebliche Umstellungen erforderlich sein. Auch in der privaten Pflegepflichtversicherung sind zum 1. Januar 2015 Beitragserhöhungen aufgrund der Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes I erfolgt. Mit Inkrafttreten des Pflegestärkungsgesetzes II könnte eine weitere Beitragsanpassung notwendig werden.

Die Koalition aus CDU/CSU und SPD hat das Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung mit Wirkung zum 1. Januar 2015 beschlossen. Es wurde vereinbart, dass der allgemeine Beitragssatz in der GKV von 15,5 % auf 14,6 % abgesenkt wird. Ein kassenindividueller, einkommensabhängiger Zusatzbeitrag ist möglich. Auch die private Krankenversicherung kann mittelbar – zum Beispiel durch Qualitätsverbesserungen und mögliche weitere Kostensteigerungen im Gesundheitswesen – tangiert sein. Durch einkommensabhängige Zusatzbeiträge könnte die private Vollversicherung für freiwillig Versicherte mittelfristig wieder attraktiver werden.

Im Jahr 2015 soll nach langer politischer Diskussion ein Präventionsgesetz beschlossen werden. Der Referentenentwurf sieht vor, die Eigenvorsorge zu stärken, um die Risiken von Volkskrankheiten zu senken. So sollen die Krankenkassen mit rund 420 Mio. EUR die Versicherten dabei unterstützen, ein gesundes Leben

zu führen. Für Präventionsleistungen sollen sie insgesamt doppelt so viel ausgeben wie bisher. Dabei unterstützt das Gesetz insbesondere den Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung sowie Angebote zur Gesundheitsförderung in den individuellen Lebenswelten der Menschen, wie Kindergärten, Schulen oder Senioreneinrichtungen. Die PKV berät zurzeit, inwieweit sich auch die Private Krankenversicherung neben den ohnehin bestehenden Präventionsmaßnahmen wie Aids oder Alkohol am weiteren Ausbau der Prävention beteiligen kann.

Die Geschäftstätigkeit der privaten Krankenversicherer ist weiterhin von dem niedrigen Zinsumfeld betroffen. Für die Unisex-Tarife haben die meisten Versicherer der Branche – wie auch die SIGNAL Kranken – seit Anfang 2013 den Rechnungszins vorsorglich bereits auf 2,75 % gesenkt. Inzwischen hat die Europäische Zentralbank ihren Leitzins im September 2014 weiter auf 0,05 % gesenkt und eine baldige Erhöhung ausgeschlossen. Dies erschwert es den Unternehmen die kalkulierten Kapitalerträge dauerhaft zu erwirtschaften. In der Privaten Krankenversicherung kann der Rechnungszins im Gegensatz zur Lebensversicherung unter bestimmten Voraussetzungen im Rahmen einer Beitragsanpassung auch für bestehende Verträge angepasst werden. Wir werden hier unserer besonderen Verantwortung nachkommen.

Die medizinische Inflation wird weiterhin über der Entwicklung des Verbraucherpreisindex liegen und so zu deutlichen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen führen. Auch könnten sich aus der Neuregelung der Gebührenordnung für Ärzte neue kosten erhöhende Impulse ergeben. Obwohl es 2014 eine etwas moderatere Entwicklung der Leistungsausgaben als im Vorjahreszeitraum in der PKV gegeben hatte, werden wir von Kostensteigerungen weiterhin nicht verschont bleiben. Die Bedeutung eines effizienten Gesundheits- und Leistungsmanagements wird damit ständig größer. Wir werden uns dieser Herausforderung stellen und unsere Aktivitäten deutlich weiter ausbauen.

Für die private Krankenversicherung rechnet der PKV-Verband für 2015 mit einer stabilen Beitrags-einnahmeentwicklung. Für den Bestand in der Krankheitskostenvollversicherung werden keine wesentlichen Wachstumsanstöße erwartet. Das Zusatzversicherungsgeschäft sollte sich dagegen etwas dynamischer entwickeln. Die Entwicklung der Leistungsausgaben wird leicht über dem Niveau des Vorjahres liegen.

Solvency II

In 2014 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die erste und zweite Welle der sog. Solvency II Vorbereitungsphase umgesetzt. Im Wesentlichen wurden durch insgesamt sieben Verlautbarungen Anforderungen zum Governance System inkl. interner Kontrollen, zu Fit & Proper, zu Eigenmitteln, zur aufsichtsrechtlichen Berichterstattung / Meldewesen sowie zum Kapitalanlagemanagement und zur eigenen Risikobewertung (ORSA/FLAOR) veröffentlicht. Weitere Anforderungen sind im Rahmen der dritten Welle im ersten Halbjahr 2015 zu erwarten. Die SIGNAL IDUNA Gruppe begleitet die Vorbereitungsphase aktiv und setzt die noch offenen Anforderungen sukzessiv bis zum 31. Dezember 2015 um.

Zur Umsetzung von Solvency II in nationales Recht ab 2016 wurde parallel der Regierungsentwurf zur VAG-Novelle (Gesetz zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen) im November 2014 erstmalig im Bundesrat behandelt. Das Gesetzgebungsverfahren ist mit Zustimmung des Bundesrates am 6. März 2015 abgeschlossen. Auf europäischer Ebene wurde mit der Veröffentlichung der Delegierten Rechtsakte (Level II) im EU-Amtsblatt am 17. Januar 2015 das Gesetzgebungsverfahren auf der zweiten Ebene abgeschlossen. Mit der Konsultation des ersten Teils der EIOPA Leitlinien sowie den technischen Standards (ITS) wurden zudem weitere wichtige Eckpunkte definiert. Derzeit läuft die Konsultation des zweiten Teils der EIOPA Leitlinien und den technischen Standards. Die Verabschiedung ist bis Juli 2015 vorgesehen.

Insgesamt bestätigt die Entwicklung in 2014, dass die Eigenmittelausstattung und die Fähigkeit der Unternehmen, mit den sich neu ergebenden Pflichten und Herausforderungen umzugehen, eine große Rolle spielen wird. Zur Vorbereitung auf Solvency II hat die SIGNAL IDUNA Gruppe bereits 2005 ein konzernweites Projekt aufgesetzt. Dieses verläuft planmäßig, das Projektende ist für den 31. Dezember 2015 vorgesehen. Im Rahmen der Projektarbeiten wurden die Auswirkungen von Solvency II bereits frühzeitig analysiert und werden bereits heute bei wesentlichen, strategischen Entscheidungen berücksichtigt.

Die SIGNAL IDUNA Gruppe unterstützt zudem den PKV und den GDV weiterhin bei der Positionierung der Kernanliegen, wonach noch Anpassungen notwendig sind, damit Solvency II umsetzbar, praktikabel und langfristig zielführend ist. Vor diesem Hintergrund schließt sich die SIGNAL IDUNA Gruppe der Forderung nach einer angemessenen Umsetzung von Solvency II in deutsches Recht an und beteiligt sich aktiv an den noch ausstehenden Konsultationen auf nationaler und europäischer Ebene.

Gesamtaussage zur künftigen Entwicklung

Ausgehend von der Entwicklung unserer Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr erwarten wir für das laufende Geschäftsjahr 2015 für die SIGNAL Kranken aufgrund unserer exzellenten Beitragsstabilität nur ein leichtes Wachstum der gebuchten Beiträge unterhalb der prognostizierten Marktentwicklung. Das Neugeschäft wird leicht steigen und die Abgänge werden weiter zurückgehen. Die Zahlungen für Leistungsfälle werden sich in etwa branchenkonform entwickeln. Unser Versichertenbestand wird etwa auf Höhe des Vorjahres bleiben. Hinsichtlich des Kapitalanlageergebnisses gehen wir von einer Netto-Rendite auf Vorjahresniveau aus. Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote wird erneut gemäß unserer Planung über 10 % betragen. Unsere Eigenkapitalquote wird weiterhin deutlich über dem Marktdurchschnitt liegen.

Schwerpunkte unserer operativen Geschäftstätigkeit in 2015 sind die Fortsetzung unserer Projekte zur weiteren Integration der Deutscher Ring Kranken in die SIGNAL IDUNA Gruppe.

Impulse für den Vertrieb erwarten wir weiterhin aus der staatlich geförderten ergänzenden Pflegeversicherung (gePV) und der betrieblichen Krankenversicherung (bKV).

Im Jahr 2015 wird es neue Produktbausteine in der arbeitnehmerfinanzierten betrieblichen Krankenversicherung geben.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Zukunftsprogramm erwarten wir für das kommende Jahr und darüber hinaus aus den personalwirtschaftlichen Maßnahmen für die Gesellschaft wesentliche Ergebnisbelastungen, welche mittelfristig jedoch durch erwartete signifikante Kostenentlastungen überkompensiert werden.

Jahresabschluss

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	2014 EUR	2013 TEUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
II. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			7 143 970,03		9 003
III. Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
IV. geleistete Anzahlungen			0,00		0
				7 143 970,03	9 003
C. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			23 488 663,91		24 498
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		0,00			0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		0,00			0
3. Beteiligungen		444 371 375,90			448 344
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		7 000 000,00			7 005
			451 371 375,90		455 349
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		3 334 613 699,86			2 962 362
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		1 483 235 407,19			845 141
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		853 529 403,81			851 898
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	5 453 608 419,20				5 354 060
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	3 599 402 699,13				3 955 371
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0,00				0
d) übrige Ausleihungen	137 095 460,04				130 095
		9 190 106 578,37			9 439 526
5. Einlagen bei Kreditinstituten		406 500 000,00			432 300
6. Andere Kapitalanlagen		56 765,18			57
			15 268 041 854,41		14 531 284
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			0,00		0
				15 742 901 894,22	15 011 131

Aktivseite

	EUR	EUR	2014 EUR	2013 TEUR
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			0,00	0
E. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	18 708 656,43			15 458
2. Versicherungsvermittler	1 532 285,29			1 595
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	0,00			0
		20 240 941,72		17 053
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		0,00		0
III. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks		0,00		0
IV. Sonstige Forderungen		35 478 341,46		28 531
davon:			55 719 283,18	45 584
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 21 995,91 EUR (Vorjahr: 119 TEUR)				
F. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		12 973 624,21		9 548
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		17 466 495,24		19 417
III. Andere Vermögensgegenstände		0,00		0
			30 440 119,45	28 965
G. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		231 040 764,99		233 413
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		9 846 838,92		11 114
			240 887 603,91	244 527
H. Aktive latente Steuern			0,00	0
I. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			7 816 848,48	7 045
K. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			0,00	0
Summe der Aktiva			16 084 909 719,27	15 346 255

Gemäß § 73 VAG bestätige ich, dass das eingestellte Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Dortmund, 9. März 2015

Tillmann, Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Passivseite

	EUR	EUR	2014 EUR	2013 TEUR
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gründungsstock	0,00			0
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	0,00			0
II. Kapitalrücklage		0,00		0
III. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	282 822 000,00			282 822
2. Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00			0
3. satzungsmäßige Rücklagen	0,00			0
4. andere Gewinnrücklagen	245 820 931,00			221 821
IV. Bilanzgewinn		528 642 931,00		504 643
			528 642 931,00	504 643
			0,00	0
B. Genusssrechtskapital				
			0,00	0
C. Nachrangige Verbindlichkeiten				
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	130 800,00			134
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		130 800,00		134
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	13 509 880 413,07			12 922 792
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		13 509 880 413,07		12 922 792
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	375 312 135,47			361 949
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		375 312 135,47		361 949
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige				
a) Bruttobetrag	1 217 823 328,92			1 132 976
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		1 217 823 328,92		1 132 976
2. erfolgsunabhängige				
a) Bruttobetrag	115 613 103,34			104 189
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		115 613 103,34		104 189
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	3 291 000,00			4 200
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		3 291 000,00		4 200
			15 222 050 780,80	14 526 240

Passivseite

	EUR	EUR	2014 EUR	2013 TEUR
F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	0,00			0
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		0,00		0
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	0,00			0
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		0,00		0
			0,00	0
G. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		211 399 022,00		195 666
II. Steuerrückstellungen		10 402 016,00		9 000
III. Sonstige Rückstellungen		49 174 108,91		43 168
			270 975 146,91	247 834
H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			0,00	0
I. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	10 033 775,92			13 103
2. Versicherungsvermittlern	4 132 798,39			2 826
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	0,00			0
		14 166 574,31		15 929
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		772 249,88		628
III. Anleihen				
davon: konvertibel 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)		0,00		0
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0,00		0
V. Sonstige Verbindlichkeiten		46 897 310,56		49 549
davon:			61 836 134,75	66 106
aus Steuern: 2 827 610,29 EUR (Vorjahr: 3 214 TEUR)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
K. Rechnungsabgrenzungsposten			1 404 725,81	1 432
L. Passive latente Steuern			0,00	0
Summe der Passiva			16 084 909 719,27	15 346 255

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz der SIGNAL Krankenversicherung a. G. für den Schluss des Geschäftsjahres 2014 unter den Posten E. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 12 Abs. 3 Nr. 1 VAG berechnet worden ist. Für eine Mitversicherung wurden die Angaben des Konsortialführers übernommen.

Dortmund, 10. Februar 2015

Dr. Brake, Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

Posten			2014	2013
	EUR	EUR	EUR	TEUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	2 063 235 642,69			2 064 497
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	3 274 653,36			3 220
		2 059 960 989,33		2 061 277
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	2 900,00			3
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0,00			0
		2 900,00		3
			2 059 963 889,33	2 061 280
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			97 669 710,51	119 255
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		8 099 435,29		7 337
davon:				
aus verbundenen Unternehmen:				
0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon:				
aus verbundenen Unternehmen:				
0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2 463 167,37			1 726
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	604 510 031,68			587 681
		606 973 199,05		589 407
c) Erträge aus Zuschreibungen		6 552 212,05		3 236
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		77 881 973,60		12 165
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		0,00		0
			699 506 819,99	612 145
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			0,00	0
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			13 170 107,31	15 241

Posten

Posten	2014		2013
	EUR	EUR	TEUR
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	1 620 118 081,61		1 585 078
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00		0
		1 620 118 081,61	1 585 078
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	13 362 835,66		1 279
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00		0
		13 362 835,66	1 279
			1 633 480 917,27
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung			
aa) Bruttobetrag	- 587 087 979,87		- 618 794
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00		0
		- 587 087 979,87	- 618 794
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		909 000,00	300
			- 586 178 979,87
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			
a) erfolgsabhängige		273 408 389,35	18 273
b) erfolgsunabhängige		29 316 899,57	265 894
			302 725 288,92
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	159 343 577,53		162 849
b) Verwaltungsaufwendungen	58 149 802,14		58 132
		217 493 379,67	220 981
c) davon ab:			
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0,00	0
			217 493 379,67
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		14 380 272,71	15 023
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		13 805 136,52	13 328
davon:			
außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs. 3 Satz 1 HGB:			
5 263 174,16 EUR (Vorjahr: 2 500 TEUR)			
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		814 294,59	12 400
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00	0
			28 999 703,82
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			0,00
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			2 530 455,25
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			98 901 802,34

Posten

	EUR	2014 EUR	2013 TEUR
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	136 929 702,63		131 683
davon:			
aus Abzinsung gemäß § 277 Abs. 5 Satz 1 HGB: 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)			
aus Währungskursgewinnen gemäß § 277 Abs. 5 Satz 2 HGB: 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)			
2. Sonstige Aufwendungen	185 235 035,13		173 135
davon:			
aus Aufzinsung gemäß § 277 Abs. 5 Satz 1 HGB: 12 197 081,35 EUR (Vorjahr: 12 936 TEUR)		- 48 305 332,50	- 41 452
aus Währungskursverlusten gemäß § 277 Abs. 5 Satz 2 HGB: 565,71 EUR (Vorjahr: 1 TEUR)			
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		50 596 469,84	30 583
4. Außerordentliche Erträge	0,00		0
5. Außerordentliche Aufwendungen	3 804 752,00		3 805
6. Außerordentliches Ergebnis		- 3 804 752,00	- 3 805
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	22 374 249,94		2 769
davon aus Organschaftumlage:			
0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)			
8. Sonstige Steuern	417 467,90		9
		22 791 717,84	2 778
9. Erträge aus Verlustübernahme	0,00		0
10. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	0,00		0
		0,00	0
11. Jahresüberschuss		24 000 000,00	24 000
12. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		0,00	0
13. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		0,00	0
14. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	0,00		0
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00		0
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	0,00		0
d) aus anderen Gewinnrücklagen	0,00		0
		0,00	0
		0,00	0
15. Entnahmen aus Genussrechtskapital			
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	0,00		0
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen	0,00		0
d) in andere Gewinnrücklagen	24 000 000,00		24 000
		24 000 000,00	24 000
17. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals		0,00	0
18. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		0,00	0

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Um die Übersichtlichkeit bei den Tabellen im Lagebericht und im Anhang zu verbessern, werden die Daten des Jahresabschlusses, die auf einer höher verdichteten Ebene dargestellt werden, jeweils kaufmännisch auf- oder abgerundet.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die hier ausgewiesene EDV-Software ist zu den Anschaffungskosten bewertet und beinhaltet entgeltlich erworbene Software sowie Nutzungs- und Markenrechte. Die linearen Abschreibungen erfolgen planmäßig über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Die Bilanzierung erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung.

Beteiligungen

Die Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt, die gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert werden.

Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den Anschaffungskosten abzüglich geleisteter Tilgungen angesetzt.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Grundsätzlich werden Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere zu Anschaffungskosten bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) wird für ausgewählte Investmentanteile Gebrauch gemacht. Es handelt sich hierbei um Investmentanteile mit einem Buchwert von 3 189,9 Mio. EUR. Stille Lasten in diesem Portfolio bestehen nicht; die stillen Reserven betragen 316,2 Mio. EUR. Eine Wertminderung wird als dauerhaft angesehen, wenn der Zeitwert des deklarierten Bestandes in den dem Bilanzstichtag vorangehenden sechs Monaten permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert liegt.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit Kuponzahlung werden zu Anschaffungskosten bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Zero-Inhaberschuldverschreibungen und Commercial Paper werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) wird für ausgewählte Inhaberschuldverschreibungen erstmalig Gebrauch gemacht. Es handelt sich hierbei um Papiere mit einem Buchwert von 886,7 Mio. EUR. Stille Lasten in diesem Portfolio bestehen nicht; die stillen Reserven betragen 262,7 Mio. EUR.

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen

Die Bilanzierung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Unterschiedsbeträge gegenüber dem Nennwert werden mittels Effektivzinsmethode über die Laufzeit amortisiert. Das Ausfallrisiko bei den Hypotheken wird durch Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Sonstige Ausleihungen

Bei Anschaffung der Namensschuldverschreibungen werden die Nennwerte aktiviert. Die Unterschiedsbeträge zu den hingeegebenen Beträgen werden aktivisch und passivisch abgegrenzt. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung.

Bei Schuldscheinforderungen und Darlehen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das Ausfallrisiko wird durch Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Bei übrigen Ausleihungen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das Ausfallrisiko wird durch Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Die Zero-Namensschuldverschreibungen und Zero-Schuldscheindarlehen werden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert.

Vinkulierte Wertpapiere mit Kuponzahlung werden zu Nennwerten bilanziert. Vinkulierte Zeropapiere werden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils

aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert.

Es befinden sich strukturierte Produkte im Bestand. Diese Darlehen und die darin enthaltenen Optionen oder Verpflichtungen werden einheitlich bilanziert. Die Bewertung erfolgt entsprechend der Bewertung der anderen Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Die Zinserträge aus Genussscheinen werden grundsätzlich phasengleich vereinnahmt.

Einlagen bei Kreditinstituten

Die Bilanzierung der Festgelder wird zu Nominalwerten vorgenommen.

Andere Kapitalanlagen

Es handelt sich um Genossenschaftsanteile, die zu Anschaffungskosten bilanziert werden.

Forderungen

Bei den zu Nennwerten angesetzten Forderungen werden erkennbare Einzelrisiken durch Abschreibungen bzw. Wertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen an Versicherungsnehmer Rechnung getragen. Die Pauschalwertberichtigung wird auf der Basis der tatsächlichen Ausfälle im Geschäftsjahr für Vorjahre berechnet.

Die Forderungen an Vermittler werden einzel- und pauschalwertberichtigt.

Sachanlagen und Vorräte

Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten bewertet. Für einige Wirtschaftsgüter wird ein Festwert gebildet.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestände werden zum Nennwert bilanziert.

Andere Vermögensgegenstände

Die Bewertung der anderen Vermögensgegenstände erfolgt zum Nennwert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die noch nicht fälligen Zinsen und sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten werden zeitanteilig, die Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen nach der Effektivzinsmethode ermittelt.

Aktive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs.1 Satz 2 HBG bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern beruhen im Wesentlichen auf temporären Differenzen im Bereich der Pensionsrückstellungen. Bei der Ermittlung der latenten Steuern wird ein Steuersatz von 32,18 % zugrunde gelegt.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Wir halten verpfändete Rückdeckungsversicherungen für einen Teil der Pensionsverpflichtungen. Diese werden gemäß § 246 Abs. 2 i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem Zeitwert bewertet und mit dem korrespondierenden Teil der Pensionsrückstellung verrechnet. Diese Verrechnung erfolgt gemäß IDW Rundschreiben HFA 30 Tz. 34 nur mit den Versorgungsverpflichtungen, zu dessen Erfüllung das Deckungsvermögen dient. Ein entstehender Aktivüberhang ist unter diesem Posten in der Bilanz ausgewiesen. Der Zeitwert der Rückdeckungsversicherung entspricht ihrem Aktivwert.

Beitragsüberträge

Die ausgewiesenen Beitragsüberträge enthalten im Berichtsjahr fällig gewordene, auf das Folgejahr entfallende Beitragsteile. Die Beitragsüberträge werden

je Vertrag zeitanteilig ermittelt und unter Berücksichtigung der Inkassoprovisionen passiviert.

Bei der Ermittlung der übertragsfähigen Beitragsteile wird das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974 beachtet.

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wird einzelvertraglich nach der prospektiven Methode gemäß den in den technischen Berechnungsgrundlagen festgelegten Verfahren ermittelt. Um in der Gruppe ein einheitliches Bewertungsverfahren zu verwenden, wird das bisherige (zulässige) Interpolationsverfahren der Bilanzdeckungsrückstellung durch das marktübliche Verfahren der arithmetischen Mittelung der Einzelalterungsrückstellung ersetzt. Nach alter Berechnungsweise hätte die Höhe der Bilanzdeckungsrückstellung 13,513 Mrd. EUR betragen, nach dem neuen und zukünftigen Verfahren sind es 13,510 Mrd. EUR. Dies entspricht einer Abweichung von -0,02 %. Über den gesamten Bestand ergibt sich ein durchschnittlicher Rechnungszins von 3,494 %.

Zum 31. Dezember 2014 sind stornierte Verträge mit einem Übertragungswert im Endbestand der Deckungsrückstellung zu belassen. Der in der Deckungsrückstellung enthaltene Übertragungswert zum 31. Dezember 2014 beträgt 701 155,82 EUR.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung wird gemäß § 341g Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 26 Abs. 1 Satz 3 und 4 RechVersV anhand eines Näherungsverfahrens gebildet. Grundlagen sind die bis zum Zeitpunkt der Ermittlung der Rückstellung eingetretenen Aufwendungen für Versicherungsfälle des Vorjahres, die bewertete Anzahl der eingereichten, aber noch nicht bearbeiteten Anträge auf Erstattung sowie die aus den Erfahrungen der letzten vier Geschäftsjahre bewertete Anzahl der noch zu erwartenden, nicht eingereichten Anträge auf Erstattung.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wird nach den steuerlichen Regelungen berechnet.

Von der Rückstellung abgesetzte Regressforderungen werden auf der Basis von Einzelfeststellungen ermittelt.

Weiterhin werden von der Rückstellung noch erwartete Erstattungsbeiträge abgesetzt, die ab 2011 durch das AMRabattG entstehen. Die zu berücksichtigenden Beiträge werden sachgerecht geschätzt.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Auf die in die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung eingestellten Beträge haben die Mitglieder einen Rechtsanspruch. Die Höhe und Form der Ausschüttung sowie Zeitpunkt und Voraussetzung der Barausschüttung bestimmt seit der Satzungsänderung vom 26. Juni 2012 der Vorstand.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Hier wird eine Rückstellung für überrechnungsmäßige Abgänge ausgewiesen. Sie ergibt sich aus der Summe der negativen Alterungsrückstellung, bewertet mit einem aus den überrechnungsmäßigen Abgängen des Jahres 2014 abgeleiteten Schätzwert für den erwarteten überrechnungsmäßigen Abgang in 2015. Teil dieser Rückstellung sind Übertragungswertansprüche, die wegen der Verteilung der Abschlusskosten auf die ersten fünf Versicherungsjahre nach § 13a Abs. 2 KalV noch nicht vollständig durch die Alterungsrückstellung gedeckt sind. Diese werden mit einem vom Versicherungsbeginn abhängigen Schätzwert für das Storno bewertet.

Andere Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Für die Bewertung werden als Rechnungsgrundlagen die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Mit Ausnahme der Pensionszusagen aus Gehalts- umwandlung wird der Erfüllungsbetrag gemäß § 253

Abs. 1 Satz 2 HGB mit der Projected-Unit-Credit-Methode berechnet und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 3 HGB mit dem korrespondierenden Deckungsvermögen verrechnet. Der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB verwendete Rechnungszinsfuß beträgt zum 31. Dezember 2014 4,54 %. Darüber hinaus werden folgende Bewertungsparameter bei der Berechnung berücksichtigt:

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass die Versorgungsberechtigten die Betriebsrente mit dem frühest möglichen Bezug einer Vollrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen. Falls in der Pensionszusage ein früheres Pensionierungsalter vereinbart ist, so wird dieses Pensionierungsalter bei der Bewertung berücksichtigt.

Für die Ausscheideursache Fluktuation wird bei Männern eine Wahrscheinlichkeit von 1,30 % und bei Frauen von 1,00 % angesetzt. Der Gehaltstrend fließt mit 2,50 % ein. Falls die Pensionszusage eine garantierte Rentenanpassung enthält, wird diese berücksichtigt. Die übrigen Pensionszusagen werden mit einem Rententrend von 2,00 % bewertet.

Für kongruent rückgedeckte Pensionszusagen durch Gehaltsumwandlung wird der Aktivwert der Rückdeckungsversicherung angesetzt.

Der Effekt aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes wird aus Gründen der Klarheit im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Die erstmalige Ausübung des Ausweishaltsrechts ist ohne Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Das im Jahr 2010 aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ausgeübte Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB, die erforderliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf maximal 15 Jahre zu verteilen, wird weiterhin in Anspruch genommen. Im Geschäftsjahr 2014 wird erneut ein Fünfzehntel zugeführt.

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen werden nach ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme ermittelt.

Sonstige Rückstellungen

1. Rückstellungen für KV-Zuschuss

Zur Berechnung der Rückstellungen für den an die Rentner der SIGNAL IDUNA Gruppe zu gewährenden Zuschuss zur privaten Krankenversicherung werden als Rechnungsgrundlagen die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. In Anlehnung an die Berechnung der Pensionsrückstellungen wird die Projected-Unit-Credit-Methode angewandt. Die Bewertungsparameter entsprechen ebenfalls den unter Pensionsrückstellungen genannten, ergänzt um einen Kostentrend von 3,00 %.

Das im Jahr 2010 aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ausgeübte Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB, die erforderliche Zuführung zu der Rückstellung für den KV-Zuschuss auf maximal 15 Jahre zu verteilen, wird weiterhin in Anspruch genommen. Im Geschäftsjahr 2014 wird erneut ein Fünfzehntel zugeführt.

2. Rückstellungen für Jubiläumsgeldzusagen

Die Bewertung der Rückstellungen für Jubiläumsgeldzusagen erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB analog zur Pensionsrückstellungsermittlung. Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Der Bewertung liegt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Rechnungszins mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren zugrunde. Zum 31. Dezember 2014 wird ein Rechnungszins von 4,16 % verwendet. Die übrigen Bewertungsparameter entsprechen den unter Pensionsrückstellungen genannten.

3. Rückstellungen für Altersteilzeit

Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte aus

den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Dabei ergibt sich der Erfüllungsbetrag aufgrund der versicherungsmathematisch diskontieren Gehaltszahlungen in der Freistellungsphase. Die Rückstellung beinhaltet außerdem den Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie den tariflichen Aufstockungsbetrag. Der Bewertung liegt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Rechnungszins mit einer Restlaufzeit von 3 Jahren zugrunde. Zum 31. Dezember 2014 wird ein Rechnungszins von 3,08 % verwendet.

Zur Insolvenzsicherung der Wertguthaben aus Altersteilzeitverpflichtungen gem. § 8a Altersteilzeitgesetz halten wir verpfändete Kontokorrentkonten. Diese werden gemäß § 246 Abs. 2 i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem Zeitwert bewertet und mit dem Teil der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen verrechnet, der sich auf den Erfüllungsrückstand bezieht.

4. Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt und – soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen – gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die Passivierung wird mit den Erfüllungsbeträgen vorgenommen.

Alle Verbindlichkeiten – mit Ausnahme der Verbindlichkeit gegenüber der ASSET GmbH für eine Kaufpreisanpassung bei vollständiger Rückführung der erworbenen Darlehen – haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Die Verbindlichkeit gegenüber der ASSET GmbH beläuft sich auf 2,0 Mio. EUR und hat eine Laufzeit von mehr als fünf Jahren.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Vorausgezahlte Zinsen und Mieten werden zeitanteilig, Disagiobeträge aus Namensschuldverschreibungen werden nach der Effektivzinsmethode ermittelt.

Passive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB bilanziell nicht angesetzt wird.

Währungsumrechnung

Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen, die in ausländischer Währung geführt werden, werden zum EURO-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank des Bilanzstichtages in EUR umgerechnet.

Entwicklung der Aktivposten B, C I bis III im Geschäftsjahr 2014

Aktivposten	BILANZWERTE VORJAHR TEUR	ZUGÄNGE TEUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0	0
2. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9 003	2 093
3. Geschäfts- oder Firmenwert	0	0
4. geleistete Anzahlungen	0	0
5. Summe B.	9 003	2 093
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	24 498	70
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0
3. Beteiligungen	448 343	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7 005	0
5. Summe C II.	455 348	0
C III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2 962 361	384 667
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	845 141	864 086
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	851 897	91 604
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	5 354 060	222 676
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	3 955 373	37 528
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0	0
d) übrige Ausleihungen	130 095	30 000
5. Einlagen bei Kreditinstituten	432 300	0
6. Andere Kapitalanlagen	57	0
7. Summe C III.	14 531 284	1 630 561
insgesamt	15 020 133	1 632 724

	UMBUCHUNGEN	ABGÄNGE	ZUSCHREIBUNGEN	ABSCHREIBUNGEN	BILANZWERTE GESCHÄFTSJAHR
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
	0	0	0	0	0
	0	0	0	3 952	7 144
	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0
	0	0	0	3 952	7 144
	0	0	0	1 079	23 489
	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0
	0	395	0	3 577	444 371
	0	5	0	0	7 000
	0	400	0	3 577	451 371
	0	9 256	5 962	9 121	3 334 613
	0	225 992	0	0	1 483 235
	0	89 973	0	0	853 528
	0	123 128	0	0	5 453 608
	0	393 497	0	0	3 599 404
	0	0	0	0	0
	0	22 999	0	0	137 096
	0	25 800	0	0	406 500
	0	0	0	0	57
	0	890 645	5 962	9 121	15 268 041
	0	891 045	5 962	17 729	15 750 045

Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktivseite Angabe zu Zeitwerten nach §§ 54 bis 56 RechVersV	ZEITWERTE GESCHÄFTSJAHR EUR	ZEITWERTE VORJAHR EUR
C. Kapitalanlagen		
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	26 222 800,00	25 872 800,00
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
3. Beteiligungen	707 297 146,86	640 952 555,32
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7 000 000,00	7 004 783,48
5. Summe C II.	714 297 146,86	647 957 338,80
C III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3 650 817 019,61	3 070 061 963,00
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 835 519 801,20	897 071 930,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1 035 551 002,87	953 751 083,37
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	7 265 382 855,20	6 210 039 073,76
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	4 480 824 595,29	4 349 081 441,64
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0,00	0,00
d) übrige Ausleihungen	139 673 627,78	127 154 792,78
5. Einlagen bei Kreditinstituten	406 500 000,00	432 300 000,00
6. Andere Kapitalanlagen	56 765,18	56 765,18
7. Summe C III.	18 814 325 667,13	16 039 517 049,73
insgesamt	19 554 845 613,99	16 713 347 188,53

C. Kapitalanlagen

Bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken erfolgt die Ermittlung der Zeitwerte jährlich auf Basis des jeweiligen Ertragswertes in Anlehnung an die aktuelle Immobilienwertermittlungsverordnung. Auf eine Immobilie erfolgte eine Teilwertabschreibung.

Die Zeitwertermittlung der Beteiligungen erfolgt je nach Art der Beteiligung in der Regel nach dem Ertragswertverfahren, nach der Equity-Methode, auf Basis des Net Asset Values, anhand des Börsenkurses oder auf Basis des Fair Market Values.

Sofern keine genaueren Werte festgestellt werden können, werden die Buchwerte angesetzt. Bei drei Beteiligungen an nicht notierten Aktiengesellschaften erfolgte die Zeitwertermittlung auf Basis des von den jeweiligen Unternehmen bekanntgegebenen Aktienkurses.

Zwei Beteiligungen wurden im Geschäftsjahr auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben.

Für Ausleihungen an Beteiligungen werden die Zeitwerte mittels der Discounted Cash Flow-Methode ermittelt.

Für börsennotierte Kapitalanlagen werden die Kurswerte zum Abschlussstichtag zugrunde gelegt. Investmentanteile werden mit den von den Fondsgesellschaften mitgeteilten Rücknahmekursen angesetzt.

Sowohl für die zum Nennwert bilanzierten Namensschuldverschreibungen als auch für die zu Anschaffungskosten bilanzierten Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, übrigen Ausleihungen sowie die nicht notierten Zero-Schuldscheinforderungen und Zero-Namensschuldverschreibungen werden die Zeitwerte mittels der Discounted Cash Flow-Methode ermittelt.

Bei den zu Anschaffungskosten und Nennwerten bilanzierten Titeln befinden sich einzelne Anlagen mit negativen Bewertungsreserven. Einzelne Hypothekendarlehen wurden wertberichtigt. Weitere Forderungsausfälle, die zu einer dauerhaften Wertminderung führen, werden nicht erwartet.

Die Zeitwerte der zum Nennwert bilanzierten Einlagen bei Kreditinstituten und anderen Kapitalanlagen entsprechen jeweils den fortgeführten Anschaffungskosten. Die Zeitwerte der Commercial Paper entsprechen jeweils den fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen.

Beteiligungen

Art und Umfang sowie beizulegender Wert (§ 285 Nr. 18 HGB)

Im Bestand befindet sich eine Beteiligung mit einem Buchwert von 118 712,87 EUR und einem Zeitwert von 82 000,00 EUR. Auf eine außerplanmäßige Abschreibung wurde verzichtet, da die Wertminderung als nicht dauerhaft anzusehen ist. Der Zeitwert entspricht dem anteiligen Eigenkapital. Aufgrund einer in 2014 vorgenommenen Sonderausschüttung aus dem Bilanzgewinn sinkt das anteilige Eigenkapital kurzfristig unter den Buchwert. Da die Gesellschaft

laufende Überschüsse erwirtschaftet und davon hohe Anteile thesauriert, ist von keiner dauerhaften Wertminderung auszugehen.

Derivative Finanzinstrumente

Art und Umfang sowie beizulegender Zeitwert (§285 Satz 1 Nr. 19 HGB)

Im Bestand befinden sich strukturierte Produkte mit Optionscharakter im Buchwert von 906 531 386,14 EUR (Vorjahr: 798 995 184,87EUR); ihr Zeitwert beträgt 1 120 888 555,47 EUR (Vorjahr: 823 816 384,49 EUR). Der Bestand an einfach strukturierten Produkten weist einen Buchwert von 65 000 000,00 EUR (Vorjahr: 15 000 000,00 EUR) aus; ihr Zeitwert beträgt 71 512 051,75 EUR (Vorjahr: 35 131 804,80 EUR).

Die angegebenen Buch- und Zeitwerte beziehen sich jeweils auf das gesamte strukturierte Produkt.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte werden an Finanzmärkten gängige Bewertungsverfahren eingesetzt.

Zu den einzelnen Positionen vermerken wir ergänzend folgendes:

	2014 EUR	2013 EUR
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		
Der Bilanzwert der im Rahmen unserer Tätigkeit genutzten eigenen Grundstücke und Bauten beträgt 5 092 766,32 EUR (Vorjahr: 4 603 833,08 EUR)	23 488 663,91	24 497 678,97
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
3. Beteiligungen	444 371 375,90	448 343 662,76

	ANTEIL AM KAPITAL %	EIGENKAPITAL EUR	JAHRESERGEBNIS EUR
SIGNAL IDUNA Online GmbH, Hamburg	40,00	4 243 101	3 165 664
SIGNAL IDUNA Select Invest GmbH, Hamburg	40,00	762 235 071	50 116 719
Grundeigentümer - Interessengemeinschaft City Nord, Hamburg*	20,00	49 769	1 506
Hotel Park Soltau GmbH, Soltau	50,00	244 823	49 990
National-Bank Aktiengesellschaft, Essen	26,38	315 189 395	16 962 000
SIGNAL IDUNA Beteiligungsgesellschaft für Bürgschaftsbanken und Kreditgarantie-gemeinschaften mbH, Hamburg	25,78	3 789 868	991

* Angaben 2013

	BUCHWERT 31. DEZEMBER 2014 EUR	MARKTWERT 31. DEZEMBER 2014 EUR	BEWERTUNGS- RESERVE EUR	AUSSCHÜTTUNG 2014 EUR
III. 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Angaben zu den Investmentanteilen nach § 285 Nr. 26 HGB)				
Art des Fonds / Anlageziel				
gemischte Fonds				
HANSAspezial 22	799 355 718,65	928 425 373,26	129 069 654,61	24 855 394,27
HANSAspezial 35	577 563 293,44	621 228 780,00	43 665 486,56	13 195 515,02
HANSAcare 1	593 568 139,44	692 295 581,12	98 727 441,68	14 098 915,37
HANSA TuB	202 500 405,07	208 657 706,88	6 157 301,81	6 243 807,15
HANSA BoT	125 000 005,06	133 565 824,48	8 565 819,42	37 497,29
Immobilienfonds				
IVG Kavernenfonds	119 154 166,85	146 072 918,00	26 918 751,15	6 516 264,00
HI Wohnen Core 2	49 999 994,47	52 972 310,82	2 972 316,35	2 156 967,60
HANSAreal2	695 330 163,40	695 330 163,40	0,00	24 295 547,85
American Fund OIK	17 365 686,24	17 365 686,24	0,00	520 572,09
SEB Asia REI	10 093 405,92	10 219 954,09	126 548,17	171 268,20
SIGNAL Versicherungen Immobilien Fonds	139 218 680,50	139 218 680,50	0,00	6 236 078,20
	3 329 149 659,04	3 645 352 978,79	316 203 319,75	98 327 827,04

Die oben aufgeführten Fonds können börsentäglich zurückgegeben werden. Einzahlungsverpflichtungen lagen im Geschäftsjahr nicht vor. Mit Ausnahme des Immobilienspezialfonds SVI sind die Fonds gemäß der Möglichkeit des § 341 Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Bewertung erfolgt daher für diese Fonds nach dem gemilderten Niederwertprinzip.

Der Fonds SVI wird weiterhin nach dem strengen Niederwertprinzip bewertet. Zum Bilanzstichtag bestehen in keinem Fonds stille Lasten.

Die Anteile an Spezialfonds sind primär auf die Erwirtschaftung von laufenden Erträgen ausgerichtet und tragen zur Erreichung der passivseitigen Zinsfordernis bei.

	2014 EUR	2013 EUR
III. 4. d) übrige Ausleihungen		
Namensgenussscheine	137 022 186,33	129 909 855,56
Mitarbeiter- und sonstige Darlehen	73 273,71	184 735,74
	137 095 460,04	130 094 591,30
G. Rechnungsabgrenzungsposten		
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		
Aufgelder für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Namensgenussscheine	9 390 490,42	9 998 428,36
vorausgezahlte Wartungskosten	288 176,95	117 405,34
vorausgezahlte Mieten	79 345,21	888 749,72
vorausgezahlte Werbungskosten	36 887,50	29 628,08
Sonstige	51 938,84	79 541,50
	9 846 838,92	11 113 753,00
I. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		
Pensionsrückstellung		
Zeitwert des Deckungsvermögens am 31. Dezember	18 523 575,00	17 643 608,00
dazu korrespondierende zu saldierende Erfüllungsbeträge aus der Pensionsrückstellung	11 509 655,00	10 598 181,00
Aktivischer Überhang am 31. Dezember Geschäftsjahr	7 013 920,00	7 045 427,00
Altersteilzeitrückstellung		
Zeitwert des Deckungsvermögens am 31. Dezember		
dazu korrespondierende zu saldierende Erfüllungsbeträge aus der Pensionsrückstellung	2 900 071,48	0,00
	2 097 143,00	0,00
Aktivischer Überhang am 31. Dezember Geschäftsjahr	802 928,48	0,00

Passivseite

	2014 EUR	2013 EUR
A. Eigenkapital		
III. Gewinnrücklagen		
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		
Stand am 1. Januar	282 822 000,00	282 822 000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	0,00	0,00
Stand am 31. Dezember	<u>282 822 000,00</u>	<u>282 822 000,00</u>
4. andere Gewinnrücklagen		
Stand am 1. Januar	221 820 931,00	197 820 931,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	24 000 000,00	24 000 000,00
Stand am 31. Dezember	<u>245 820 931,00</u>	<u>221 820 931,00</u>
	<u>528 642 931,00</u>	<u>504 642 931,00</u>
E. Versicherungstechnische Rückstellungen		
III. Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
Von der Rückstellung wurden Forderungen aus Regressen in Höhe von 2 788 527,67 EUR (Vorjahr: 2 804 202,19 EUR) und Pharmarabatte in Höhe von 850 303,58 EUR (Vorjahr: 989 184,00 EUR) abgesetzt.	<u>375 312 135,47</u>	<u>361 949 299,81</u>
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	<u>1 333 436 432,26</u>	<u>1 237 165 559,83</u>

Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung

Gemäss den bisher vom Vorstand gefassten Beschlüssen über die Ansprüche auf erfolgsabhängige Beitrags-

rückerstattung wird, sofern der Anspruch nach den Tarifbedingungen gegeben ist, den versicherten Personen folgende Beitragsrückerstattung gewährt:

TARIF-GRUPPE	TARIFE DER TARIFGRUPPE	LEISTUNGS-FREIHEIT	BARAUSSCHÜTTUNG IN 2014, 2015, 2016 UND 2017
1	A100/SB1-4, GA, A, AB, VIII, KTS (inklusive der zugehörigen Ausbildungstarife – mit Ausnahme der zu Tarifgruppe 5 gehörenden Tarife)	3 Jahre	2,5/12
		2 Jahre	2,0/12
		1 Jahr	1,5/12
2	AS100, BAS100, AZ1, AZ2, BA, GA100, GA/SB, GA90, GA80, GA (70-10), GAP (inkl. der zugehörigen Ausbildungstarife – mit Ausnahme der zu Tarifgruppe 5 gehörenden Tarife)	3 Jahre	3,0/12
		2 Jahre	2,5/12
		1 Jahr	2,0/12
3	BSB, BSS, BO, NO, ASZ/SB30 (inkl. der zugehörigen Ausbildungstarife – mit Ausnahme der zu Tarifgruppe 6 gehörenden Tarife)	3 Jahre	1,5/12
		2 Jahre	1,25/12
		1 Jahr	1,0/12
4	NO1, VO, KK1, KK2, KS1, KS2, ASZ/SB10-25, GR1, GR2, BS-D, BSB-D, AD (inkl. der zugehörigen Ausbildungstarife)	3 Jahre	3,0/12
		2 Jahre	2,0/12
		1 Jahr	1,0/12
5	R-AB, R-BA, BA-GA (70-10), R-BA0-A, R-BA0-S	3 Jahre	6,0/12
		2 Jahre	6,0/12
		1 Jahr	6,0/12
6	R-BO, R-START-B, R-KOMFORT-B, R-EXKLUSIV-B	3 Jahre	4,0/12
		2 Jahre	4,0/12
		1 Jahr	4,0/12
7	BA0	3 Jahre	5,0/12
		2 Jahre	4,0/12
		1 Jahr	3,0/12
8	KK-PLUS, OK, OS, START, START-PLUS, KOMFORT, KOMFORT-PLUS, EXKLUSIV, EXKLUSIV-PLUS (inkl. der zugehörigen Ausbildungstarife), START-B, KOMFORT-B, EXKLUSIV B, AmbulantTOP, AmbulantTOPpur	3 Jahre	3,0/12
		2 Jahre	3,0/12
		1 Jahr	3,0/12

Wir wollen dieses Modell der Überschussbeteiligung grundsätzlich beibehalten.

Sind in einem der o. g. Grundtarife „Besondere Bedingungen zur privaten Beitragsentlastung (peB)“ abgeschlossen, so erstreckt sich die o. g. Barausschüttung auch auf die diesbezüglich gezahlten zusätzlichen Beiträge.

Gibt es einen Tarif sowohl in einer geschlechtsabhängigen als auch in einer geschlechtsunabhängigen Variante, so gilt die Barausschüttung in gleicher Höhe für beide Varianten.

Ferner ist beabsichtigt, wieder Mittel zur Milderung notwendiger Beitragserhöhungen zur Verfügung zu stellen, die schwerpunktmässig den älteren Versicherten zugute kommen.

Neben dieser klassischen Form der Beitragsrückerstattung stellen wir für Personen mit Leistungsfreiheit im Jahre 2014 spezielle Mittel für die von der Beitragsanpassung zum 1.1.2015 betroffenen Tarife aus der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung zur Verfügung, um auftretende Belastungen gezielt zu reduzieren.

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Betrag nach § 12a des Versicherungsaufsichtsgesetzes

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitrags- rückerstattung	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
		Poolrelevante Rück- stellung für Beitrags- rückerstattung aus der Pflegepflicht- versicherung	Betrag nach § 12a Abs. 3 des Versicherungs- aufsichtsgesetzes	Sonstiges
	2014 EUR	2014 EUR	2014 EUR	2014 EUR
1. Bilanzwerte Vorjahr	1 132 976 385,14	60 454 268,21	33 838 806,48	9 896 100,00
2. Entnahme zur Verrechnung	89 703 294,96	0,00	7 966 415,55	0,00
3. Entnahme zur Barausschüttung	98 858 150,61	0,00	0,00	9 926 555,37
4. Zuführung*	273 408 389,35	0,00	16 806 344,20	12 510 555,37
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	1 217 823 328,92	60 454 268,21	42 678 735,13	12 480 100,00
6. Gesamter Betrag nach § 12a des Versicherungsaufsichtsgesetzes				80 843 961,35
	2013 EUR	2013 EUR	2013 EUR	2013 EUR
1. Bilanzwerte Vorjahr	1 092 332 915,15	60 454 268,21	35 066 700,30	8 275 680,00
2. Entnahme zur Verrechnung	108 780 899,82	0,00	10 474 100,85	0,00
3. Entnahme zur Barausschüttung	98 196 360,41	0,00	0,00	7 406 811,29
4. Zuführung	247 620 730,22	0,00	9 246 207,03	9 027 231,29
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	1 132 976 385,14	60 454 268,21	33 838 806,48	9 896 100,00
6. Gesamter Betrag nach § 12a des Versicherungsaufsichtsgesetzes				40 527 240,38

* Gemäß der Änderung des Poolvertrags wurde die poolrelevante Zuführung für die Pflegepflichtversicherung in der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung reserviert.

	2014 EUR	2013 EUR
G. Andere Rückstellungen		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Rückstellungen		
Pensionsrückstellung		
Rückstellung vor Saldierung	222 908 677,00	206 262 596,00
davon mit Deckungsvermögen verrechnungsfähig	– 11 509 655,00	– 10 598 181,00
verbleibende Rückstellung	<u>211 399 022,00</u>	<u>195 664 415,00</u>
II. Steuerrückstellungen		
Körperschaftsteuer / Gewerbesteuer	10 402 016,00	9 000 000,00
III. Sonstige Rückstellungen		
Altersteilzeitverpflichtungen		
Rückstellung vor Saldierung	3 502 729,00	3 765 007,00
davon mit Deckungsvermögen verrechnungsfähig	– 2 097 143,00	– 2 900 071,48
verbleibende Rückstellung	<u>1 405 586,00</u>	<u>864 935,52</u>
Zuschüsse zur Privaten Krankenversicherung noch nicht gutgeschriebene Erfolgsvergütungen, Beteiligungsprovisionen und Wettbewerbe	22 339 489,00	20 251 520,00
Jubiläumsgeldzusagen	9 622 000,72	6 781 250,00
sonstige Verpflichtungen aus dem Personalbereich	6 112 637,00	5 846 800,00
Urlaubsverpflichtungen	4 448 250,00	4 372 500,00
Lieferungen und Leistungen	3 085 300,00	3 224 200,00
Jahresabschlusskosten	1 669 675,45	1 457 428,71
sonstige Rückstellungen	341 700,00	344 100,00
Prozesskosten	76 418,10	25 000,00
	73 052,64	0,00
	<u>49 174 108,91</u>	<u>43 167 734,23</u>
K. Rechnungsabgrenzungsposten		
Disagioträge auf Kapitalanlagen	1 317 175,12	1 410 368,39
vorausgezahlte Mieten	25 163,11	18 897,41
vorausgezahlte Zinsen	2 244,37	2 699,23
restliche	60 143,21	0,00
	<u>1 404 725,81</u>	<u>1 431 965,03</u>

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

Erläuterungen gemäß Paragraph 51 Abs. 4 Nr. 4 RechVersV	2014 EUR	2013 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung		
Gebuchte Bruttobeiträge		
aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft		
untergliedert nach		
– Einzelversicherungen	2 034 306 415,82	2 035 690 372,53
– Gruppenversicherungen	28 928 844,87	28 806 751,49
	2 063 235 260,69	2 064 497 124,02
– laufenden Beiträgen	2 062 956 884,11	2 064 201 414,03
– Einmalbeiträgen	278 376,58	295 709,99
	2 063 235 260,69	2 064 497 124,02
Aufteilung nach Versicherungsarten		
Krankheitskostenvollversicherungen	1 470 201 547,98	1 482 868 994,66
Krankentagegeldversicherungen	50 624 529,10	50 101 792,27
selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	46 760 264,48	47 492 524,45
sonstige selbständige Teilversicherungen	341 905 130,26	340 207 048,40
Pflegepflichtversicherungen	124 598 273,07	121 476 108,56
– davon GPV*	(12 473 850,31)	(9 856 858,17)
Ergänzende Pflegezusatzversicherungen	19 054 095,21	16 753 786,04
Geförderte ergänzende Pflegevorsorgeversicherungen	9 168 314,34	4 532 326,34
Auslandsreisekrankenversicherungen	923 106,25	1 064 543,30
	2 063 235 260,69	2 064 497 124,02
davon Beitragszuschlag nach § 12 Abs. 4a VAG	45 417 239,46	46 399 548,43
Gebuchte Bruttobeiträge		
aus dem übernommenen Versicherungsgeschäft	382,00	375,00
I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge insgesamt	2 063 235 642,69	2 064 497 499,02

* Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen zur Durchführung der privaten Pflegeversicherung für Mitglieder der Postbeamtenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten

	2014 EUR	2013 EUR
Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
untergliedert nach		
– Einzelversicherungen	89 554 393,97	104 604 487,17
– Gruppenversicherungen	148 900,99	4 176 412,65
	89 703 294,96	108 780 899,82
Aufteilung nach Versicherungsarten		
Krankheitskostenvollversicherungen	89 355 634,77	93 113 742,71
Krankentagegeldversicherungen	115 805,22	978 094,54
Krankenhaustagegeldversicherungen	6 405,91	0,00
Krankheitskostenteilversicherungen	225 449,06	14 689 062,57
	89 703 294,96	108 780 899,82
Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für die erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	7 966 415,55	10 474 100,85
1.2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung	97 669 710,51	119 255 000,67
In Rückdeckung gegebenes Krankenversicherungsgeschäft		
Der Rückversicherungssaldo beträgt:	– 3 274 653,36	– 3 220 299,48
(– = zugunsten der Rückversicherer)		
	2014	2013
Anzahl der versicherten natürlichen Personen¹		
Aufteilung (ohne Auslandsreisekrankenversicherung) nach		
– Vollversicherung	476 084	477 298
– Ergänzungsversicherung	1 489 931	1 491 238
	1 966 015	1 968 536
Aufteilung nach Versicherungsarten		
Krankheitskostenvollversicherungen	476 084	477 298
Krankentagegeldversicherungen	140 582	141 425
selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	711 119	724 897
sonstige selbständige Teilversicherungen	1 066 928	1 062 002
Pflegepflichtversicherung (einschl. GPV)	511 235	513 190
Ergänzende Pflegezusatzversicherungen	122 466	121 858
Geförderte ergänzende Pflegevorsorgeversicherungen	31 996	26 152
Auslandsreisekrankenversicherungen	64 997	53 000

¹ Zählweise gem. Kennzahlenkatalog des PKV-Verbands. Bedingt durch Mehrfachnennung natürlicher Personen in den einzelnen Rubriken ist die tatsächliche Anzahl versicherter Personen niedriger als die Summe über die Versicherungsarten.

	2014 EUR	2013 EUR
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge		
für eigene Rechnung	13 170 107,31	15 241 319,67
Der Ausweis betrifft hauptsächlich den Poolausgleich		
– davon übernommene Übertragungswerte	(5 565 157,75)	(8 524 936,48)
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		
für eigene Rechnung	2 530 455,25	2 808 294,33
– davon abgegebene Übertragungswerte	(1 640 042,30)	(2 296 195,64)

	2014 EUR	2013 EUR
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
6. Außerordentliches Ergebnis		
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	– 3 804 752,00	– 3 804 752,00
	– 3 804 752,00	– 3 804 752,00
Das außerordentliche Ergebnis resultiert aus den handelsrechtlichen Regelungen nach BilMoG und beinhaltet im Geschäftsjahr 2014 die Mindestzuführungsbeträge zu den Pensionsrückstellungen und den Rückstellungen für Zuschüsse zur privaten Krankenversicherung.		
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
für Vorjahre	4 929 027,95	– 7 623 844,38
für das Geschäftsjahr	17 445 221,99	10 393 225,87
	22 374 249,94	2 769 381,49
Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen ausschließlich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.		

**Verrechnete Aufwendungen und Erträge
im Sinne des § 285 Nr. 25 HGB**

	2014 EUR
Aus der Verrechnung von Vermögensgegenständen und Schulden nach § 246 Abs. 2 HGB ergab sich unter diesen Positionen eine Saldierung folgender Aufwendungen und Erträge:	
Ergebniswirkung aus dem Zeitwert der Vermögensgegenstände	– 570 459,17
Verzinsung des Erfüllungsbetrags der verrechneten Schulden	508 508,65
Effekt aus der Änderung des Diskontierungzinssatzes für den Erfüllungsbetrag	526 186,69
Netto-Betrag der verrechneten Aufwendungen und Erträge	464 236,17

„ – = Aufwand“

**Provisionen und sonstige Bezüge der
Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen**

	2014 EUR	2013 EUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungs- vertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	89 944 221,92	99 680 992,53
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	4 637 324,84	6 033 403,22
3. Löhne und Gehälter	181 861 211,72	148 946 808,27
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	24 833 884,72	24 523 637,17
5. Aufwendungen für Altersversorgung	6 621 810,35	16 954 446,19
6. Aufwendungen insgesamt	307 898 453,55	296 139 287,38

Sonstige Angaben

Gesamtbezüge des Vorstandes und des Aufsichtsrates, gewährte Kredite

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes für das Geschäftsjahr beliefen sich auf 1 673 098,17 EUR (Vorjahr: 1 868 455,92 EUR). Ehemalige Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen erhielten vom Unternehmen 1 163 210,66 EUR (Vorjahr: 944 861,67 EUR). Die Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen betragen 15 300 778,00 EUR (Vorjahr: 13 737 099,00 EUR).

An Mitglieder des Vorstands wurden keine Kredite gewährt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit 531 940,00 EUR (Vorjahr: 525 488,56 EUR).

Mitgliedern des Aufsichtsrates haben wir Hypothekendarlehen in Höhe von 84 310,53 EUR (Neugewährungen 2014: 0,00 EUR, Tilgungen 2014: 7 607,41 EUR) gewährt. Die Darlehen sind effektiv mit 2,65 % bzw. 4,70 % zu verzinsen. Die festgeschriebenen Restlaufzeiten betragen 4 und 10 Jahre.

Gesamthonorar Abschlussprüfer

Das für das Geschäftsjahr von dem Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar gemäß § 285 Nr. 17 HGB stellt sich aufgeschlüsselt wie folgt dar:

	EUR
– Abschlussprüfungsleistungen	159 695,80
– andere Bestätigungsleistungen	0,00
– Steuerberatungsleistungen	0,00
– sonstige Leistungen	2 500,00

Mitarbeiter

Wir beschäftigten im Durchschnitt 2 501 (Vorjahr: 2 496) angestellte Mitarbeiter im Innen- und Außendienst. Von den Innen- und Außendienstmitarbeitern haben 513 (Vorjahr: 881) einen Einzelarbeitsvertrag. In der SIGNAL IDUNA Gruppe betrug in 2014 die

durchschnittliche Anzahl der angestellten Innen- und Außendienstmitarbeiter 8 718 (Vorjahr: 8 891). Außerdem waren 3 821 (Vorjahr: 4 006) selbstständige Ausschließlichkeitsagenturen tätig.

Zum Personalaufwand verweisen wir auf die Seite 61 „Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen“.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die nicht bilanzierten Pensionen und pensionsähnlichen Verpflichtungen von vor 1987 gemäß Artikel 28 Abs. 1 EGHGB betragen 15,8 Mio. EUR (Vorjahr: 14,9 Mio. EUR).

Die nach BilMoG neu bewerteten und aufgrund des Verteilungswahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB noch nicht in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen betragen 38,2 Mio. EUR (Vorjahr: 42,0 Mio. EUR).

Für unser Unternehmen besteht gemäß § 124 VAG die Pflichtmitgliedschaft an einem Sicherungsfonds. Im Eintrittsfall erhebt der Sicherungsfonds zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge bis zur Höhe von max. zwei Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen. Danach ergäbe sich eine max. Zahlungsverpflichtung von 30,4 Mio. EUR (Vorjahr: 29,1 Mio. EUR).

Für eine Inanspruchnahme liegen keine Anhaltspunkte vor.

Weiterhin bestehen Andienungsrechte der Emittenten aus Multitranchen in Höhe von 309,0 Mio. EUR (Vorjahr: 316,0 Mio. EUR).

Bei Hypothekendarlehen bestehen zum Bilanzstichtag noch offene Auszahlungsverpflichtungen an Darlehensnehmer aus unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 39,9 Mio. EUR (Vorjahr: 111,1 Mio. EUR). Wir gehen davon aus, dass diese kurzfristig in Anspruch genommen werden.

Außerdem bestehen noch Verpflichtungen aus Vorverkäufen von festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 30 Mio. EUR.

Die übrigen sonstigen Verpflichtungen belaufen sich auf insgesamt 4,4 Mio. EUR (Vorjahr: 4,7 Mio. EUR).

Transaktionen mit nahestehenden Personen

Im Berichtszeitraum wurden mit nahestehenden Unternehmen und Personen keine marktüblichen Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB getätigt.

Angaben zu ausschüttungsgespernten Beträgen

Ausschüttungsgespernte Beträge im Sinne des § 268 Abs. 8 HGB sind nicht angefallen.

Organe

Mitgliedervertretung

Ing. Hans Albrecht
Geschäftsführer,
Hans Albrecht Handelsvertretung
für Sanitärerzeugnisse
Schwerin
bis 25. Juni 2014

Horst Amstätter
Tischlermeister
Emden
bis 25. Juni 2014

Detlef Bade
Schornsteinfegermeister
Vordorf
seit 25. Juni 2014

Harald Becken
Bezirksschornsteinfegermeister
Marpingen

Dr. Andreas Brzezinski
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Dresden
Dresden
seit 25. Juni 2014

Friedrich G. Conzen
Kaufmann
Düsseldorf

Ass. Peter Deckers
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Aachen
Heinsberg

Dipl.-Kfm. Walter Derwald
Geschäftsführer,
Derwald GmbH & Co. KG
Dortmund

Albrecht Diem
Einzelhandelskaufmann
Calw

Andreas Ehlert
Bezirksschornsteinfegermeister
Düsseldorf
bis 25. Juni 2014

Dipl.-Jur. Dagmar Ehnert
Hauptgeschäftsführerin,
Handwerkskammer Leipzig
Leipzig

Bernd Eichner
Bauunternehmer
Lürschau
seit 25. Juni 2014

Dr. Joachim Eisert
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Reutlingen
Bad Ditzgenbach

Dipl.-Kfm. Jans-Paul Ernsting
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Hannover
Hannover

Elmar Esser
Hauptgeschäftsführer,
Zentralverband Sanitär Heizung Klima
Köln

Martin Eul
Vorstandsvorsitzender,
Dortmunder Volksbank eG
Dortmund

Klaus Feuler
Kraftfahrzeugelektromeister
Fröndenberg

Dr. Axel Fuhrmann
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Düsseldorf
Düsseldorf

Dieter Gabler
Malermeister
Eppelheim

Dipl.-Ing. Kurt Hähnichen
Kraftfahrzeugmeister
Riesa

Christoph Freiherr von Hammerstein
Bereichsleiter i. R.,
Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V.
Berlin

Wolfgang Heim
Kraftfahrzeugmeister
Neufahrn

Jürgen Hemmerling
Fleischermeister
Elmeloh
bis 25. Juni 2014

Dipl.-Geogr. (TU) Georg Hiltner
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Konstanz
Radolfzell

Dr. Siegfried von Hoff
Diplom-Metallloge
Erfurt

Eberhard Jürgensen
Elektromeister
Wees
bis 25. Juni 2014

Dr. Frederik Karsten
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Chemnitz
Chemnitz

Ass. Michael Koch
Hauptgeschäftsführer,
Niedersächsischer Handwerkstag
Isernhagen

Dipl.-Volksw. Dr. Thomas Köster
Hauptgeschäftsführer i. R.,
Handwerkskammer Düsseldorf
Düsseldorf

Ernst Läger
Kaufmann
Warngau

Rüdiger Lorch
Kaufmann, Geschäftsführer,
AIK Fachschulen gGmbH
Leipzig

Dipl.-Kfm. Nicolai Lucks
Geschäftsführer, Wallburger GmbH
Köln

Ass. Gerd Lutz
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Karlsruhe
Karlsruhe

Dipl.-Volksw. Thomas Malcherek
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Erfurt
Erfurt-Salomonsborn

Oliver Malchow
Polizeibeamter
Schönwalde
bis 25. Juni 2014

Rudolf Müller
Schreinermeister
Pluwig

Winfried Müller
Gas- und Wasserinstallateurmeister
Brake

Johann Philipps
Heizungs- und Lüftungsbauermeister
Bochum

Margot Preisz
Damenschneidermeisterin
Sandhausen

Dr. Herbert Rische
Präsident i. R.,
Deutsche Rentenversicherung Bund
Berlin

Delfino Roman
Steinmetz- und Steinbildhauermeister
Hildesheim
seit 25. Juni 2014

Dr. Klaus Rose
Parlamentarischer Staatssekretär a. D.
Vilshofen

Sven Ruschhaupt
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-
Grafschaft Bentheim
Kirchlengern
seit 25. Juni 2014

Hans-Werner Schech
Bezirksschornsteinfegermeister
Dillenberg

Dipl.-Kfm. Mark Scherhag
Geschäftsführender Gesellschafter,
Autohaus Scherhag GmbH
Koblenz

Ralf Schnörr
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Heilbronn-Franken
Waldbrunn

Berthold Schröder
Zimmermeister
Hamm
seit 25. Juni 2014

Dipl.-Ök. Reinhard Schröter
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer zu Leipzig
Petersberg

Dipl.-Ök. Andreas Schuster
Erster Polizeihauptkommissar
Döbbrick

Arnold Senft
Geschäftsführer,
Arnold Senft Modehaus GmbH
Leinefelde

Thomas Straub
Dachdeckermeister
Eltville
bis 25. Juni 2014

Oskar Vogel
Hauptgeschäftsführer,
Baden-Württembergischer Handwerkstag e. V.
Stuttgart

Dipl.-Volksw. Claus-Dieter Weibert
stellv. Hauptgeschäftsführer i. R.,
Industrie- und Handelskammer zu Dortmund
Dortmund

Dr. Ortwin Weltrich
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer zu Köln
Langenfeld

Dr. Stefan Zimmer
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Rheinhessen
Darmstadt

Dipl.-Volksw. Josef Zipfel
Hauptgeschäftsführer,
Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag
Korschenbroich

Aufsichtsrat

.....

Dipl.-Betriebsw. Heinrich Frommknecht
Generaldirektor i. R.,
SIGNAL Versicherungen
Dortmund
Ehrenmitglied

Von der Mitgliedervertretung gewählt:

Reinhold Schulte
Vorstandsvorsitzender i. R.,
SIGNAL IDUNA Gruppe
Dortmund
Vorsitzender

Dipl.-Ing. Otto Kentzler
Gas-Wasser-Installateur und Klempner
Dortmund
stellv. Vorsitzender

Bernd Ehinger
Geschäftsführer,
Ehinger Elektro GmbH
Frankfurt

Andreas Ehlert
Bezirksschornsteinfegermeister
Düsseldorf
seit 25. Juni 2014

Bau-Ing. (grad.) Heinrich Gringel
Geschäftsführender Gesellschafter,
H. Gringel & Sohn GmbH
Schwalmstadt

Horst Lenk
Geschäftsführer,
Mode Lenk GmbH
Pforzheim

Oliver Malchow
Polizeibeamter
Schönwalde
seit 25. Juni 2014

Klaus Repp
selbst. Metallbaumeister
Wiesbaden

Dipl.-Volksw. Prof. Dr. Wolfgang Schulhoff
Geschäftsführender Gesellschafter,
Schulhoff GmbH & Co. KG und Schulhoff
Ingenieur Planungs GmbH
Düsseldorf
verstorben am 17. Februar 2014

Holger Schwannecke
Generalsekretär,
Zentralverband des
Deutschen Handwerks e. V.
Glienicke

Dipl.-Ing. Peter Voss
Geschäftsführer,
Heinrich Voss Haustechnik GmbH
Lingen

Bernhard Witthaut
Polizeipräsident Osnabrück
Georgsmarienhütte
bis 31. März 2014

Von der Arbeitnehmerschaft gewählt:

Martin Borkenfels
Versicherungsangestellter,
Mitglied des Betriebsrates,
SIGNAL IDUNA Gruppe
Hauptverwaltung Dortmund
Dortmund

Ute Grün
Versicherungsangestellte,
Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates,
SIGNAL Krankenversicherung a. G.
Dortmund

Heinz-Peter Paaris
Versicherungsangestellter i. R.,
SIGNAL IDUNA Gruppe
Selm

Anja Petschow
Versicherungsangestellte,
Mitglied des Betriebsrates,
SIGNAL IDUNA Gruppe
Hauptverwaltung Hamburg
Lütjensee

Petra Wolbeck
Versicherungsangestellte,
Vorsitzende des Betriebsrates,
SIGNAL IDUNA Gruppe
Hauptverwaltung Dortmund
Dortmund

Vorstand

Dipl.-Kfm. Ulrich Leitermann
Dortmund
Vorsitzender
Lenkung und Koordination der Unternehmensführung; Angelegenheiten der Organe; Personal; Compliance; Recht; Presse, PR; Revision; Konzernentwicklung; Angelegenheiten der Sprecherausschüsse Innen- und Außendienst

Dipl.-Kfm. Martin Berger
Dortmund
Finanzen und Finanzprodukte; Finantöchter und Beteiligungen; Immobilien; Darlehen; Unternehmensrechnung; Steuern

Dipl.-Math. Dr. Karl-Josef Bierth
Herdecke
Krankenversicherung:
Produktentwicklung, Aktuariat, Underwriting, Antrag, Vertrag und Leistung

Lebensversicherung:
Produktentwicklung, Aktuariat, Underwriting, Antrag, Vertrag und Leistung
von 1. Juli 2014 bis 31. Dezember 2014

Dipl.-Math. Marlies Hirschberg-Tafel
München
Lebensversicherung:
Tarifentwicklung/-überwachung; Underwriting; Vertragswesen und Leistung
bis 30. Juni 2014

Dipl.-Kfm. Michael Johnigk
Herdecke
Außendienstorganisation, Vertriebssteuerung; Marketing; Aus- und Weiterbildung, Personalentwicklung; Unternehmensverbindungen; Exklusivvertrieb; Freie Vertriebe; Vertriebs-Service-Center

Dipl.-Kfm. Dr. Stefan Kutz
Köln
Produktentwicklung, Aktuariat, Underwriting, Antrag, Vertrag und Schaden/Leistung
Kompositversicherung; Kreditversicherungen; Rückversicherung; Ausland
seit 1. Juli 2014

Dipl.-Math. Michael Petmecky
Dortmund
Softwareentwicklung; Betrieb der technischen Infrastruktur; Datensicherheit; Kunden-Service-Center; Haustechnik; Allgemeine Verwaltung; Inkasso

Dipl.-Kfm. Dr. Klaus Sticker
Leichlingen
Tarifentwicklung/-überwachung, Underwriting
STHUK, Vertragswesen und Schaden STHUK;
Kreditversicherungen; Rückversicherung; Ausland
bis 30. Juni 2014

Dipl.-Wirt.-Math. Clemens Vatter
Börnsen
Lebensversicherung:
Produktentwicklung, Aktuariat, Underwriting, Antrag, Vertrag und Leistung
seit 1. Januar 2015

Dipl.-Volksw. Prof. Dr. Markus Warg
Hamburg
Betriebsorganisation; Qualitätsmanagement; Planung und Controlling; Prozessmanagement; Risikomanagement; Datenschutz

Verantwortlicher Aktuar

Dipl.-Math. Dr. Matthias Brake
Nienburg an der Weser

Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Frankfurt am Main

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dipl.-Pol. Ernst Wölke
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Dortmund
Dortmund
seit 1. August 2014

Dipl.-Volksw. Klaus Yongden Tillmann
Generalsekretär,
Europäisches Büro des Handwerks
und KMU für Normung
Dortmund
bis 31. Juli 2014

Peter Gründel
Handelsrichter, Landgericht Hamburg
Hamburg
stellv. Treuhänder

Dipl.-Volksw. Gerhard Lenschow
Geschäftsführer i. R.,
HANSAINVEST Hanseatische
Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Bargteheide
stellv. Treuhänder

Dipl.-Bankbetriebsw. Lothar Schacht
Vorstandsmitglied i. R.,
SIGNAL IDUNA Bauspar Aktiengesellschaft
Tangstedt
stellv. Treuhänder

Dipl.-Volksw. Reinhard Schulz
Hauptgeschäftsführer,
Industrie- und Handelskammer zu Dortmund
Dortmund
stellv. Treuhänder

Konzernangaben

Die SIGNAL Krankenversicherung a. G. hat keinen Konzernabschluss nach HGB aufzustellen.

Die offenkundigspflichtigen Unterlagen werden im Bundesanzeiger veröffentlicht und beim Unternehmensregister am Geschäftssitz hinterlegt.

Zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehören folgende Unternehmen:

SIGNAL Krankenversicherung a. G., Dortmund
 Deutscher Ring Krankenversicherungsverein a. G., Hamburg
 IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg
 SIGNAL IDUNA Lebensversicherungsgesellschaft AG (SIGNAL IDUNA Zycie Polska Towarzystwo Ubezpieczeń S.A.), Warschau
 SIGNAL IDUNA Versicherung Rückversicherung AG (SIGNAL IDUNA ASIGURARE REASIGURARE S.A.), Bukarest
 (ehemals SIGNAL IDUNA Lebensversicherungsgesellschaft AG (SIGNAL IDUNA ASIGURĂRI DE VIAȚĂ S.A.))
 SIGNAL IDUNA Sterbekasse VVaG, Dortmund
 SIGNAL IDUNA Pensionskasse Aktiengesellschaft, Hamburg
 SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft, Dortmund
 SIGNAL Unfallversicherung a. G., Dortmund
 SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Dortmund
 ADLER Versicherung AG, Dortmund
 PVAG Polizeiversicherungs-Aktiengesellschaft, Dortmund
 SIGNAL Versicherung AG (SIGNAL Biztosító Zrt.), Budapest
 SIGNAL IDUNA Sachversicherungsgesellschaft AG (SIGNAL IDUNA Polska Towarzystwo Ubezpieczeń S.A.), Warschau
 DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG, Wiesbaden
 SIGNAL IDUNA Rückversicherungs AG, Zug
 SIGNAL IDUNA Bauspar Aktiengesellschaft, Hamburg
 HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg
 DONNER & REUSCHEL Aktiengesellschaft, Hamburg

SIGNAL IDUNA Asset Management GmbH, Hamburg
 OVB Holding AG, Köln
 SIGNAL IDUNA Online GmbH, Hamburg
 SIGNAL IDUNA Select Invest GmbH, Hamburg
 Balance Vermittlungs- und Beteiligungs-AG, Hamburg

Sie stehen unter einheitlicher Leitung und bilden deshalb einen Konzern nach Aktiengesetz.

Dortmund, 16. März 2015

Der Vorstand

Leitermann

Berger

Dr. Bierth

Johnigk

Dr. Kutz

Petmecky

Vatter

Prof. Dr. Warg

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der SIGNAL Krankenversicherung a.G., Dortmund, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 17. April 2015

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Michael Peters
Wirtschaftsprüfer

ppa. Michael Kilbinger
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat während des Berichtsjahres seine nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Er hat sich insbesondere vom Vorstand während des Geschäftsjahres regelmäßig über die Geschäftsentwicklung, die Risiken und die finanzielle Situation des Unternehmens sowie über die Lage der Gesellschaft schriftlich und mündlich unterrichten lassen und die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. In seinen Sitzungen informierte sich der Aufsichtsrat eingehend über die geschäftlichen Aktivitäten des Unternehmens und fasste die notwendigen Beschlüsse.

Der Aufsichtsrat konnte sich durch seine Prüfungen von der ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugen.

Im Aufsichtsratsausschuss Kapitalanlagen ist über bedeutsame Anlagevorhaben beraten worden. Der Ausschuss hat die ihm obliegenden Beschlüsse gefasst. Im Aufsichtsratsausschuss Versicherungstechnik wurden neue Entwicklungen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen erörtert und gemeinsam mit dem Vorstand beschlossen.

Der Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31. Dezember 2014 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Prüfungsbericht zur Kenntnis genommen und stimmt dem Ergebnis der Prüfung zu.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht lagen dem Aufsichtsrat vor und sind von ihm geprüft worden. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist.

Dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SIGNAL IDUNA Gruppe gilt der Dank des Aufsichtsrates für die im Jahre 2014 geleistete Arbeit.

Dortmund, 20. Mai 2015

Der Aufsichtsrat

Reinhold Schulte
Vorsitzender

Unser Servicenetz: nah am Kunden.





SIGNAL IDUNA Gruppe

Hauptverwaltung Dortmund
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

Hauptverwaltung Hamburg
Neue Rabenstraße 15-19
20354 Hamburg